



SCHLESWIG-  
HOLSTEINISCHER  
LANDTAG

Nr. 02 / Juli 2017



# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Heft im Heft:  
„Der Landtag 1947“

## Neues Parlament, neue Regierung

## Inhalt

<b>Landtagswahl 2017</b>	<b>5 – 11</b>
Das Ergebnis	5
Die Analyse	6
Die Wahlkreise	9
Wahlbeteiligung, Briefwahl, Bürgerentscheide	10
Der Plenarsaal als Wahlstudio	11
<b>Der neue Landtag</b>	<b>12 – 16</b>
Alle Abgeordneten	12
Zahlen, Daten, Rekorde	16
Acht weitere Abschiede	17
<b>Personalien</b>	<b>18</b>
<b>Im Rückblick: Demokratischer Neubeginn 1947</b>	<b>20 – 24</b>
<b>Im Zentrum:</b>	
„Landtagszeitschrift“ von 1947	21
<b>Die erste Sitzung</b>	<b>25 – 31</b>
Landtagspräsident Schlie wiedergewählt	25
Alters- und Vizepräsidenten	27
Galerie der Landtagspräsidenten	28
Gottesdienst, Eid, Sitzverteilung	30
Rechte, Pflichten und Aufgaben	31
<b>Ausschüsse:</b>	
Neun Fachgremien formieren sich	32
<b>Die neue Landesregierung</b>	<b>34 – 37</b>
Das Jamaika-Kabinett	34
Der Koalitionsvertrag	35
Die erste Regierungserklärung	36
<b>Leichte Sprache:</b> Streit über Wahl-Benachrichtigung	38
Bilanz der 18. Wahlperiode – Abschied von den Piraten	39
„Der Landtag“ zum Bestellen	40
<b>Ins Bild gerückt:</b>	
Zu Besuch im Landeshaus	41
Bücherecke, Impressum	42
Kalender: die Plenartermine 2018	43
Termine, Termine, Termine	44

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

diese Ausgabe ist mit 44 Seiten wohl die umfangreichste in der Geschichte der Landtagszeitschrift. Wir blicken auf die Wahl vom 7. Mai zurück, analysieren die Ergebnisse und stellen die Abgeordneten des neuen Landtages vor.

In seiner ersten Sitzung hat das Parlament Klaus Schlie erneut zum Präsidenten bestimmt. Dazu wählten die Abgeordneten seine Stellvertreter, die Schriftführer und beschlossen eine Geschäftsordnung – demokratische Routine. Ganz anders sah es vor 70 Jahren aus, als der erste gewählte Landtag nach dem Krieg zusammenkam. Ein „Heft im Heft“ berichtet über die Sitzung am 8. Mai 1947, die den demokratischen Neubeginn im Zeichen von Besatzungsmacht und Hungersnot markierte.

In den vergangenen Monaten stand das Wahl-Land Schleswig-Holstein im Fokus überregionaler Medien. Das Online-Portal „welt.de“ erklärte das Landeshaus sogar zum „schönst gelegenen Parlament Deutschlands, vermutlich sogar der Welt“. Dabei tagten die Abgeordneten zwischenzeitlich an ganz anderen Orten. Auch dies arbeiten wir auf. Ende Juni wurde Christdemokrat Daniel Günther vom Landtag zum Ministerpräsidenten gewählt. Im Lande regiert jetzt das Jamaika-Bündnis aus CDU, Grünen und FDP. Wir stellen das neue Kabinett und den Koalitionsvertrag vor, und wir beleuchten die ersten Debatten zwischen Regierungsmehrheit und Opposition.

Viel Freude beim Lesen und einen schönen Sommer!

Ihre Redaktion

## Landtage fordern mehr Mitsprache in Europa

Landesparlamente haben einen „Anspruch auf Teilhabe“, wenn es um die Zukunft der Europäischen Union geht. Das fordern die Präsidenten der regionalen Volksvertretungen aus Deutschland, Österreich sowie dem italienischen Südtirol und dem deutschsprachigen Teil Belgiens. Die Parlamentsoberhäupter waren Mitte Juni für zwei Tage in der Stadt Feldkirch im österreichischen Bundesland Vorarlberg zusammengekommen (s. Foto) und beschlossen dort die „Feldkircher Erklärung“.

Sie rufen die EU-Kommission auf, „die Menschen in den Regionen und Kommunen Europas besser in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und dadurch das Vertrauen in die EU und ihre Institutionen zu stärken“. Grundsätzlich müssten politische Entscheidungen „so nah wie möglich bei den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden“.



Der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Klaus Schlie zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Konferenz und unterstrich die Notwendigkeit, „dass gerade die Staaten mit einem föderativen Aufbau ihre Interessen in Europa rechtzeitig zu Gehör bringen können“. Die Parlamentspräsidenten treffen sich alle zwei Jahre abwechselnd in Deutschland und Österreich. Die dort vertretenen regionalen Parlamente repräsentieren insgesamt 90 Millionen Menschen.

ZÄHLBARES

681

Abgeordnete haben dem Landtag seit 1946 angehört oder gehören ihm derzeit an: 550 Männer und 131 Frauen.

Mehr Zahlen und Fakten auf Seite 16.



## Diäten, Altersvorsorge, Mitarbeitergehälter: neue Zahlen

**Der Landtag hat Ende Juni eine umfangreiche Änderung des Abgeordnetengesetzes beschlossen. Die Diäten der Abgeordneten, die Altersversorgung und die Gehälter von Mitarbeitern steigen. Mehr Fahrkosten werden erstattet, und die Fraktionen bekommen zusätzliches Geld. CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW stimmten dafür, die AfD war dagegen.**

**Diäten:** Die Entwicklung der Bezüge ist an die allgemeine Einkommensentwicklung gekoppelt. Grundlage sind Berechnungen des Statistikamtes Nord. Demnach ist die monatliche Diät zum 1. Juli von 8.035 Euro auf 8.219,98 Euro gestiegen. Das entspricht einem Plus von 2,3 Prozent. „Demokratie gibt es nicht zum Nulltarif“, begründete FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki die Erhöhung.

Die AfD forderte dagegen, die Bezüge um 20 Prozent auf 6.428 Euro zu senken. Angesichts der Verschuldung des Landes sei seine Fraktion gegen einen „kräftigen Schluck aus der Steuerpulle“, so Jörg Nobis. Hans-Jörn Arp (CDU) forderte die AfD auf, tatsächlich auf einen Teil der eigenen Bezüge zu verzichten und diese zu spenden: „Daran werden wir Sie messen.“

**Altersvorsorge:** Seit 2007 müssen die Abgeordneten in Schleswig-Holstein selbst für ihre Rente sorgen. Dafür bekamen sie bislang zusätzlich 1.500 Euro im Monat. Dieser Betrag wurde in den vergangenen zehn Jahren nicht erhöht, nun ist er auf 1.828 Euro gestiegen. Nach Abzug von Steuern bleiben etwa 1.550 Euro, die in eine Rentenkasse oder ein Versorgungswerk eingezahlt werden müssen. Der Beitrag zur Altersvorsorge soll künftig analog zur Entschädigung steigen. Dieser Schritt sei „sinnvoll und angemessen“, so Marret Bohn (Grüne).

## Ausschuss und Beauftragte haken in der „Rocker-Affäre“ nach

**Der Innen- und Rechtsausschuss und die Polizeibeauftragte Samiah El Samadoni untersuchen Vorwürfe in der sogenannten Rocker-Affäre.**

Mit großer Mehrheit hat der Innen- und Rechtsausschuss Ende Juni ein von der SPD beantragtes Aktenvorlagebegehren an die Landesregierung unterstützt. Der Ausschuss will klären, ob versucht wurde, bei den Ermittlungen gegen „Bandidos“-Rocker wegen einer Messerstecherei in Neumünster im Jahr 2010 entlastende Beweise aus dem Verfahren herauszuhalten, um eine mögliche Geheimquelle aus der Rocker-Szene zu decken. Zudem geht es um Mobbing-Vorwürfe zweier Ermittler gegen Vorgesetzte. „Ausdrücklich behalten wir uns auch den Antrag auf Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses vor“, so der SPD-Obmann im Ausschuss, Kai Dolgner.

Die Polizeibeauftragte El Samadoni teilte unterdessen mit, sie werde ihr Initiativrecht ausüben und „aufgrund der in der aktuellen Presseberichterstattung genannten weiteren Sachverhalte tätig“ werden. Ermittler hatten die Beauftragte bereits wegen Mobbingvorwürfen gegen das Landeskriminalamt (LKA) um Hilfe gebeten. Die Vielzahl und Schwere der Vorwürfe erforderten eine weitere Klärung, betonte El Samadoni.

Innenministerium und Staatsanwaltschaft hatten zuvor im Ausschuss die Vorwürfe gegen das LKA und den heutigen Landespolizeidirektor Ralf Höhs zurückgewiesen.

**Wahlkreismitarbeiter:** Bislang bekamen die Abgeordneten monatlich bis zu 1.028 Euro, um ihre Mitarbeiter zu bezahlen. Diese Obergrenze wurde auf knapp 3.100 Euro angehoben, damit Vollzeitkräfte nach der Tarifgruppe E9 eingestellt werden können. Es gehe darum, „qualifizierte Stellen zu schaffen, die mehr als ein Zubrot sind“, sagte Birgit Herdejürgen (SPD).

**Fahrkosten:** Nach den neuen Regeln können Abgeordnete jetzt auch Fahrten in andere Wahlkreise absetzen. Zudem gibt es ein Kilometergeld für Reisen außerhalb des Landes, etwa nach Berlin oder Brüssel.

**Fraktionen:** Statt bislang knapp 5,3 Millionen Euro erhalten die sechs Fraktionen nun insgesamt 6,1 Millionen Euro im Jahr. Das Geld ist vor allem für steigende Personalkosten gedacht.

## Wortwörtlich

„Unter allen politischen Systemen der Vergangenheit und der Gegenwart besitzt allein die Demokratie die Fähigkeit, aus gegensätzlichen Positionen heraus friedlich, kompromissbereit und im ehrlichen Bemühen um Konsens erfolgreiche Lösungen in der parlamentarischen Debatte auszuloten und schließlich in der parlamentarischen Entscheidung und zum Wohl der gesamten Gesellschaft auch umzusetzen.“

• • • • •

Landtagspräsident Klaus Schlie in seiner Rede zur Konstituierung des neuen Landtages am 6. Juni. Mehr zur ersten Sitzung nach der Wahl ab Seite 25.

## Weiteres Verfahren Breyer-Schlie

Der ehemalige Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer hat vor dem Landesverfassungsgericht ein weiteres Verfahren gegen Landtagspräsident Klaus Schlie angestrengt (Az. LVerfG 4/17). Schlie hatte Breyer in der Landtagssitzung vom 20. Februar 2017 das Wort entzogen. Breyer hatte unmittelbar nach der Wahl neuer Verfassungsrichter die Personalvorschläge als „nicht zustimmungsfähig“ bezeichnet und erneut eine öffentliche Ausschreibung der Richterposten gefordert. Schlie hatte zuvor darauf hingewiesen, dass eine solche Stellungnahme zum eigenen Abstimmungsverhalten laut Geschäftsordnung kein „allgemeiner Debatten- oder Diskussionsbeitrag“ sein dürfe und ohne „jedwede Polemik“ auskommen müsse.

Im Streit um einen Ordnungsruf von Landtagspräsident Schlie (s. Landtagszeitschrift 1/2017) hat Breyer Mitte Mai vor dem Landesverfassungsgericht einen Erfolg errungen. Schlie habe in das verfassungsrechtlich garantierte Rederecht des Abgeordneten eingegriffen, stellte das Gericht Mitte Mai mehrheitlich fest (Az. LVerfG 1/17).

## Parlamentsforum stärkt Europäische Kulturrouten

Der Tourismus kann ein Motor der Zusammenarbeit im Ostseeraum werden. Darauf hat das Parlamentsforum Südliche Ostsee Ende Mai in Stettin hingewiesen. Konkret fordern die Regionalpolitiker aus Deutschland, Polen und Russland, die „Europäischen Kulturrouten“ im Ostseeraum auszubauen. Dies sind zum Beispiel die Route der Backsteingotik, die Hanseroute und die Wikingeroute. Auf diesen Straßen und Wanderwegen soll die Beschilderung international werden, der Grenzübergang soll erleichtert werden, und es soll ausführlicheres Informationsmaterial bereitgestellt werden. Ein Anlass für die Initiative: Die Vereinten Nationen haben 2017 zum Internationalen Jahr des Nachhaltigen Tourismus ausgerufen.

Das Parlamentsforum kam zu seiner 15. Jahreskonferenz zusammen. Ihm gehören die Landesparlamente von Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern, die Sejmiks der polnischen Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Gebietsduma des russischen Kaliningrad an.



## Jarik und Jule sind die besten Vorleser

Der zwölf Jahre alte Jarik Foth aus Ellerau (Kreis Segeberg) ist der beste Vorleser Deutschlands. Der Schüler des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums in Quickborn setzte sich Ende Juni in Berlin gegen die 15 anderen Finalisten des Vorlesewettbewerbs des Deutschen Buchhandels durch. Mitte Mai hatte Jarik bereits den Landesentscheid im Landeshaus gewonnen (s. Foto). Beim Wettbewerb für Förderschüler überzeugte Jule Petersen aus Horst die Jury. Sie besucht die Erich-Kästner-Gemeinschaftsschule in Elmshorn. Insgesamt hatten sechs Vorleser aus Regelschulen und drei aus Förderschulen in Kiel um die ersten Plätze gewetteifert.



## Krach-Macher-Preis ging nach Neumünster

Mit einer symbolträchtigen Aktion hat das Lebenshilfswerk Neumünster Ende Juni den Kreativwettbewerb beim diesjährigen Krach-Mach-Tach gewonnen. Unter dem Motto „Abstrampeln für die Inklusion“ haben die Neumünsteraner ein hölzernes „Hamsterrad“ gebaut und mit Begriffen wie „Vorurteile“, „Barrieren“ und „Konkurrenz“ beschriftet. Das Rad soll den Kampf gegen Ausgrenzung darstellen. Der Lohn: ein Preisgeld von 1.000 Euro. Insgesamt zwölf Teams mit etwa 500 Teilnehmern zogen auch in diesem Jahr während der Kieler Woche durch die Stadt und machten mit selbstgebauten Instrumenten Krach für die gesellschaftliche Teilhabe behinderter Menschen. Diese „größte inklusive Parade Deutschlands“, wie der Behindertenbeauftragte Uli Hase betont, fand zum siebten Mal statt. Landtagspräsident Klaus Schlie ist Schirmherr der Veranstaltung. Auf der abschließenden Feier in der Kieler Innenstadt hob er hervor, „dass wir alle, Menschen mit und ohne Behinderung, gemeinsam auf dem richtigen Weg sind: zu einer inklusiven Gesellschaft“.

## Bürgerbeauftragte gegen „Zwangsrente“ mit 63

Bezieher von Arbeitslosengeld II müssen derzeit grundsätzlich mit 63 Jahren vorzeitig in Rente gehen. Diese gesetzliche Vorschrift haben die parlamentarisch gewählten Bürgerbeauftragten der deutschen Länder auf ihrer Jahrestagung in Schwerin Ende April erneut scharf kritisiert. Denn das allgemeine Eintrittsalter werde Stück für Stück auf 67 Jahre verschoben. Die Folge: schmerzhaft Abschlüsse für Menschen, die vier Jahre vorher in Rente gehen müssen.

Die Bürgerbeauftragten, darunter die schleswig-holsteinische Amtsinhaberin Samiah El Samadoni, fordern zudem mehr Einsatz für die schulische Inklusion. Bei den Bürgerbeauftragten gehen immer wieder Beschwerden über unzureichende Bedingungen für Schüler mit Behinderung an Regelschulen ein.

Bürgerbeauftragte gibt es in Deutschland in den Ländern Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Thüringen.

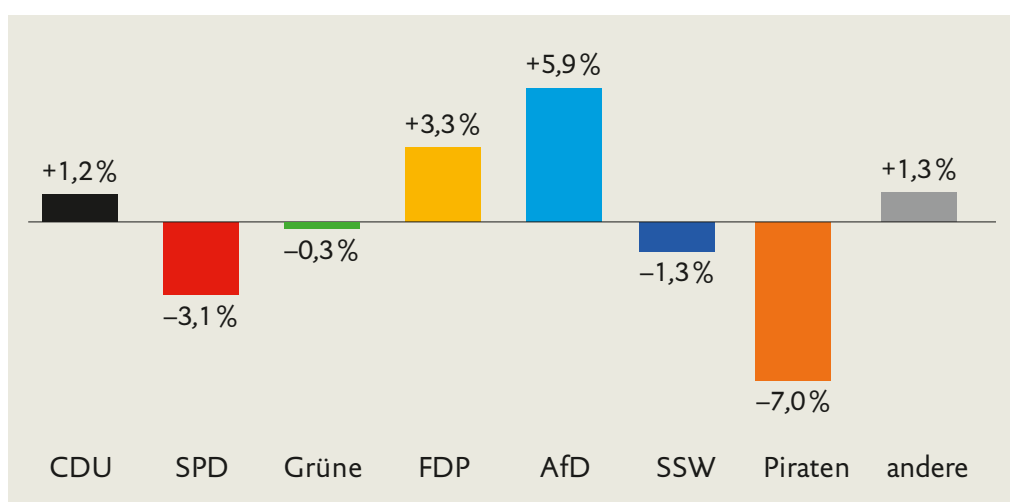
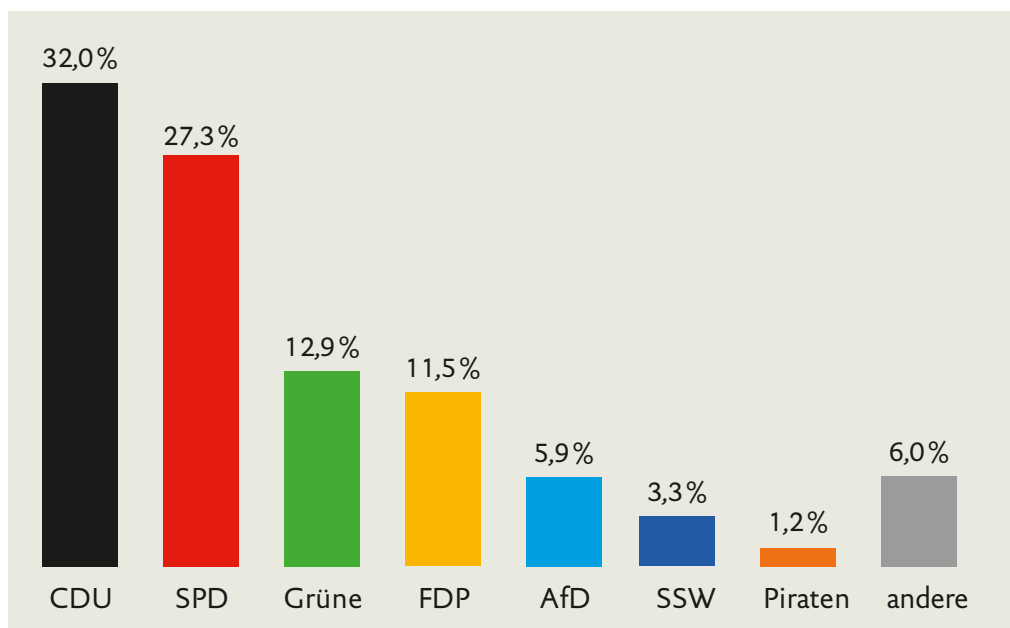
## 150 Angriffe auf Flüchtlinge und Helfer

Im vergangenen Jahr gab es in Schleswig-Holstein 150 Angriffe auf Asylsuchende, ihre Unterkünfte und ihre Unterstützer. Darauf hat ein Bündnis aus Hilfsorganisationen Anfang Juni im Landeshaus hingewiesen. Mindestens 36 Asylbewerber seien dabei verletzt worden. Es sei aber von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen. Das Bündnis weist darauf hin, dass Flüchtlinge und Helfer sich auf unterschiedliche Weisen wehren könnten. Wer rassistisch angegangen werde, solle sich „nichts gefallen lassen“, empfiehlt der stellvertretende Flüchtlingsbeauftragte Torsten Döhring. Neben dem direkten Widerspruch gebe es die Möglichkeit, eine Strafanzeige oder eine Zivilklage anzustrengen. Angesichts von Hetze und Bedrohung seien viele Betroffene allerdings überfordert. Deswegen veranstalten die Flüchtlingsverbände Workshops, um Möglichkeiten aufzuzeigen, sich für solche Situationen zu wappnen. Auch eine Info-Broschüre ist in Vorbereitung.



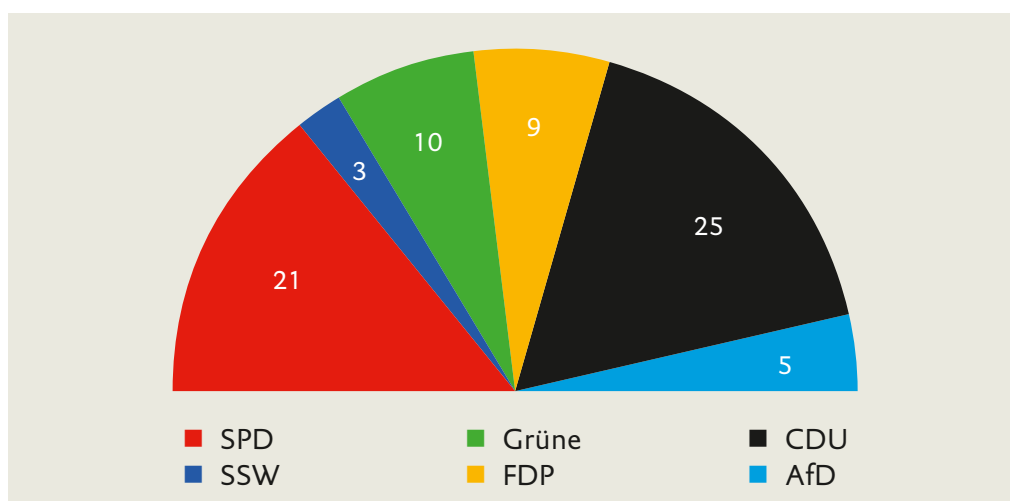


## Das Ergebnis der Landtagswahl vom 7. Mai 2017



## Gewinne und Verluste

## Die Sitzverteilung – 73 Sitze



### Warum 73 Abgeordnete?

Dem Landtag gehören in dieser Wahlperiode 73 Abgeordnete statt der vorgesehenen 69 an. Grund ist ein Überhangmandat für die CDU. Sie gewann 25 der 35 Direktmandate. Gemäß ihres Zweitstimmenanteils hätten ihr aber nur 24 Sitze zugestanden. Die Union behält das direkt gewonnene 25. Mandat, das laut der Sitzverteilung nach Sainte-Laguë/Schepers dem insgesamt 72. Mandat im Landtag entspricht. Die Sitze 70 und 71 fallen als Ausgleichsmandate an die SPD und den SSW. Weil der Landtag eine ungerade Zahl an Sitzen aufweisen muss, gibt es ein weiteres Mandat, das an die AfD geht.

# Wer hat wen gewählt und warum?

## Der 7. Mai in der Analyse

Eine verbreitete Zufriedenheit mit der Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW, keine Wechselstimmung: So beschrieben Wahlforscher die Lage in Schleswig-Holstein in den Monaten vor der Landtagswahl. Am Abend des 7. Mai sah es jedoch ganz anders aus. Die SPD um Ministerpräsident Torsten Albig verbuchte Verluste, CDU und FDP legten zu. Wie kam das Ergebnis zustande? Aufgrund der Daten der Forschungsgruppe Wahlen, des Instituts Infratest Dimap, des Statistikamts Nord und des Landeswahlleiters versuchen wir eine Analyse. Zwei Trends dominieren: Es gehen wieder mehr Menschen zur Wahl. Und: Viele entscheiden sich erst spät.

## CDU: Ältere und einstige Nichtwähler sorgen für das Plus

Die CDU legte gegenüber 2012 um 1,2 Prozent zu und konnte ihre Stimmenzahl von knapp 409.000 auf 471.460 steigern. Die 32,0 Prozent machen die Union erneut zur stärksten Partei. Von ihrem Rekordergebnis (51,9 Prozent im Jahr 1971) oder von den 40,2 Prozent aus dem Jahr 2005 ist sie aber weit entfernt.

Laut den Wahlforschern verdankt die Union ihre Gewinne vor allem früheren Nichtwählern. Sie konnte 51.000 Menschen überzeugen, die 2012 noch zuhause geblieben waren. 24.000 weitere Wähler kamen demnach von der SPD.

Den Wahlanalysen zufolge waren die Christdemokraten insbesondere bei älteren Wählern erfolgreich. Bei den Über-60-Jährigen errangen sie 40 Prozent. Erstwähler machten hingegen nur zu 22 Prozent ihr Kreuz bei der CDU. Auffällig: In ihren Hochburgen im ländlichen Raum blieben die CDU-Ergebnisse gegenüber 2012 vielerorts gleich. In klassischen SPD-Hochburgen konnte die Union hingegen überdurchschnittlich zulegen. So gab es ein Plus von 4,5 Prozent in Lübeck-Süd und von 4,3 Prozent in Kiel-Ost. In Kiel-Nord wurde die Union stärkste Kraft bei den Zweitstimmen. Das gab es in einem Wahlkreis der Landeshauptstadt seit Jahrzehnten nicht mehr.

**Stimmenanteil:**  
32,0 Prozent  
**Hochburg:**  
Dithmarschen-Schleswig,  
37,7 Prozent  
**Tiefpunkt:**  
Kiel-West,  
22,6 Prozent

Dass sich die CDU im Lande durchsetzen konnte, hat nach Auffassung der Wahlforscher mehrere Gründe: Der erst im November nominierte Spitzenkandidat Daniel Günther konnte rasch an Profil gewinnen. Der Partei wurde in den Schlüsselfeldern Wirtschaft, Bildung und Innere Sicherheit eine hohe Kompetenz zugemessen. Und der Bundestrend mit guten Noten für die CDU-Bundeskanzlerin wirkte sich aus. Die Folge: Günther wurde deutschlandweit der erste CDU-Bewerber bei einer Landtagswahl seit 2005, dem es gelang, einen amtierenden SPD-Ministerpräsidenten aus dem Amt zu drängen.

Grundsätzlich gilt: Viele Wähler legen sich spät fest. 53 Prozent haben sich erst in den letzten Wochen vor der Wahl entschieden. Darunter sind 14 Prozent, deren Entschluss am Wahltag selbst fiel.

## SPD: Verluste in den Städten

Die SPD erreichte mit 27,3 Prozent das zweit-schlechteste Ergebnis im Lande seit dem

Krieg. Nur 2009 gab es mit 25,4 Prozent ein noch schwächeres Resultat. Zwischen 1962 und 2005 hatte die SPD stets stabil bei etwa 40 Prozent gelegen. Höhepunkt war die von der Kieler Affäre geprägte Wahl 1988 (54,8 Prozent). Insgesamt 401.806 Schleswig-Holsteiner machten ihr Kreuz bei der SPD. Zwar konnten auch die Sozialdemokraten einstige Nichtwähler mobilisieren,

**Stimmenanteil:**  
27,3 Prozent  
**Hochburg:**  
Lübeck-West:  
33,1 Prozent  
**Tiefpunkt:**  
Nordfriesland-Nord,  
23,0 Prozent



Umringter  
Wahlsieger:  
CDU-Spitzenkandidat  
Daniel Günther





Suche nach Erklärungen: SPD-Landeschef Ralf Stegner und Ministerpräsident Torsten Albig

rund 30.000, aber dafür liefen 24.000 SPD-Anhänger zur CDU über, und 15.000 stimmten jetzt für die FDP. Immerhin bei den Erstwählern war die SPD stärkste Partei – allerdings mit nur 26 Prozent der Stimmen.

Vor allem in ihren Hochburgen in den Städten verzeichneten die Sozialdemokraten Einbußen. So gab es ein kräftiges Minus von 10,1 Prozent im Wahlkreis Kiel-Nord. In Kiel-Ost waren es 8,9 Prozent weniger als 2012 und in Lübeck-Süd 6,6 Prozent.

Die Wähler wiesen der SPD vor allem im Bereich der Sozialpolitik eine hohe Kompetenz zu. Ministerpräsident Torsten Albig lag zwar kurz vor der Wahl im direkten Umfrage-Vergleich acht bis 14 Prozent vor CDU-Mann Günther. Dieser Vorsprung sei aber für einen seit fünf Jahren regierenden Amtsinhaber „nur Mittelmäß“ gewesen, schreibt die Forschungsgruppe Wahlen. Die These, Albigs Aussagen über das Verhältnis zu seiner Ex-Frau in der Zeitschrift „Bunte“ hätten Frauen in großer Zahl abgeschreckt, können die Forscher nicht bestätigen. Das Minus bei den Wählerinnen lag mit vier Prozent nur geringfügig über dem SPD-Minus bei Männern (drei Prozent).

## Grüne: stark gegen den Bundestrend

**Stimmenanteil:** 12,9 Prozent  
**Hochburg:** Kiel-Nord, 21,1 Prozent  
**Tiefpunkt:** Dithmarschen-Süd, 8,4 Prozent

Die Grünen fielen zwar mit 12,9 Prozent knapp hinter ihr Rekordergebnis von 2012 (13,2 Prozent) zurück. Dennoch konnten sie Wähler hinzugewinnen und ihre Stimmenzahl von etwa 175.000 auf 190.181 steigern – ein Effekt der gestiegenen Wahlbeteiligung. 10.000 der etwa 15.000 Neu-Wähler waren den Untersuchungen zufolge ehemalige Nichtwähler.

Dass sich die Nord-Grünen auf hohem Niveau behaupten konnten, hebt sie vom Bundestrend ab. Denn positive Ergebnisse hatte die Partei bei den neun Landtagswahlen seit Anfang 2016 nur zwei Mal: im vergangenen März in Baden-Württemberg, als der beliebte grüne Regierungschef Winfried Kretschmann im Amt bestätigt wurde, und nun in Schleswig-Holstein. Bei allen anderen

Urnengängen gab es zum Teil deftige Dämpfer, etwa ein Minus von 10,1 Prozent in Rheinland-Pfalz. In Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland flogen die Grünen sogar aus den Landtagen.

Ein Grund für den Erfolg ist laut den Forschern der eigenständige Kurs der Grünen im Lande. So stimmten 53 Prozent der Befragten der These zu, die Nord-Partei vertrete „eine andere Politik als die Grünen im Bund“. Hierfür stand insbesondere Umweltminister Robert Habeck, der hohe Bekanntheitswerte aufwies.

Die mit Abstand höchste Kompetenz aller Parteien wird ihnen in der Umwelt- und Energiepolitik bescheinigt. Vor allem Frauen wählen grün. Stark ist die Partei bei Erstwählern, aber auch bei den 45- bis 59-Jährigen. Und: 21 Prozent der Wähler mit Hochschulabschluss stimmten für die Partei – aber nur sieben Prozent der Wähler mit Hauptschulabschluss.

## FDP: Kubicki und Wirtschaftskompetenz bringen Erfolge

60.000 neue FDP-Anhänger gab es am 7. Mai, insgesamt stimmten 169.037 Menschen für die Liberalen. Die 11,5 Prozent bedeuten das zweitbeste Ergebnis der Partei in

der Landesgeschichte nach den 14,9 Prozent von 2009. Die Freien Demokraten gewannen gegenüber 2012 etwa 3,3 Prozent dazu und sind damit zum siebten Mal in Folge im Landtag vertreten. Eine solch lange Erfolgsperiode gab es zuvor noch nie. Bis in die 90er-Jahre lagen die FDP-Ergebnisse oft knapp dies- oder jenseits der Fünf-Prozent-Hürde, vier Mal gelang der Sprung ins Parlament nicht (1947, 1971, 1983, 1988).

Zugewinne verbuchte die FDP aus allen Richtungen. So sind etwa 16.000 vorherige Nichtwähler für die Liberalen an die Urne gegangen, weitere 15.000 kamen von der SPD und 13.000 von der CDU. Männer, Ältere sowie Menschen mit hohem Bildungsabschluss und Selbständige haben den Forschern zufolge überdurchschnittlich

**Stimmenanteil:** 11,5 Prozent  
**Hochburg:** Stormarn-Mitte, 13,8 Prozent  
**Tiefpunkt:** Flensburg, 8,9 Prozent

Grüne Hochstimmung: Spitzenkandidatin Monika Heinold (Mitte) und Bundesvorsitzender Cem Özdemir (vorne rechts)





Feier-Demokraten:  
Der neue  
Wirtschaftsminister  
Bernd Buchholz und  
die Abgeordnete  
Anita Klahn  
(vorne links) jubeln  
bei der FDP

häufig FDP gewählt. Der Partei wird beim Thema Wirtschaft eine hohe Kompetenz zugerechnet.

Das gute Resultat schreiben die Wahlforscher auch dem Spitzenkandidaten Wolfgang Kubicki zu. Dieser habe ähnlich hohe Bekanntheits- und Beliebtheitswerte wie die Spitzenkräfte der beiden großen Parteien. Dies sei „ein in den Ländern seltenes Phänomen“.

## AfD: Anlaufpunkt für Unzufriedene

**Stimmenanteil:**  
5,9 Prozent  
**Hochburg:**  
Lauenburg-Süd,  
8,0 Prozent  
**Tiefpunkt:**  
Nordfriesland-Nord,  
3,8 Prozent

Die „Alternative für Deutschland“ ist die zwölfte Partei seit 1947, die Sitze im Schleswig-Holsteinischen Landtag erringt. Sie trat zum ersten Mal im Lande an und kam aus dem Stand

auf 86.711 Wählerstimmen. Laut den Wahlforschern konnte sie 11.000 ehemalige Nichtwähler mobilisieren. 45.000 Stimmen kamen aus dem Segment der „anderen Parteien“. Es dürften überwiegend Protestwähler sein, die vor fünf Jahren die Piraten unterstützt hatten (siehe auch Seite 39). Laut Infratest Dimap hat nur ein Drittel der AfD-Wähler die Partei „aus Überzeugung“ gewählt, 60 Prozent hingegen „aus Enttäuschung über andere Parteien“. Damit ist die AfD eine Ausnahme. Alle anderen Parteien hatten eine Mehrzahl an Wählern, die sich „aus Überzeugung“ für sie entschieden haben. Für 59 Prozent der AfD-Wähler war das Thema Flüchtlinge vordringlich. In der gesamten Wählerschaft galt dies nur für 14 Prozent.

Sieben Prozent der Männer haben AfD gewählt, aber nur vier Prozent der Frauen. Besonders erfolgreich war die Partei bei den 25- bis 34-Jährigen. 80 Prozent der AfD-Wähler stimmten der Auffassung zu, dass es in Deutschland ungerecht zugehe. In der gesamten Wählerschaft waren das nur 38 Prozent. Schleswig-Holstein war das zwölfte Bundesland in Folge, in dem die AfD den Sprung ins Parlament schaffte. Eine Woche später kann NRW als Nummer 13 hinzu. Mit 5,9 Prozent blieb die Nord-AfD aber weit hinter den Ergebnissen in Sachsen-Anhalt (24,3 Prozent) oder Baden-Württemberg (15,1 Prozent) zurück.



Erster Auftritt im  
Landeshaus:  
AfD-Spitzenkandidat  
Jörg Nobis



Sachliche Analyse:  
Flemming Meyer (SSW, rechts)  
im Gespräch mit Danmarks Radio

## SSW: Einbußen im Norden

Einen heftigen Einbruch musste der SSW hinnehmen. Die Wählerzahl ging um 20 Prozent zurück, von etwa 61.000 auf nur noch 48.968. Der

Stimmenanteil sank von 4,6 auf 3,3 Prozent – das schlechteste Abschneiden seit 21 Jahren für die von der Fünf-Prozent-Klausel befreite Partei der dänischen Minderheit. Aber dank der Ausgleichsmandate-Regel sitzen auch in dieser Wahlperiode drei SSW-Abgeordnete im Landtag (siehe Seite 5).

Insbesondere in seinen traditionellen Hochburgen im Norden schnitt der SSW schwach ab. So sank der Stimmenanteil in Flensburg von mehr als 18 auf nur noch 12,8 Prozent. Im Wahlkreis Flensburg-Land gab es ein Minus von vier auf nur noch 11,9 Prozent. Verluste im Bereich von zwei bis drei Prozent musste der SSW in Schleswig, Nordfriesland und Eckernförde verkraften.

Die Wahlforscher haben die Regionalpartei SSW kaum untersucht, insofern ist die Suche nach den Gründen für den Abwärtstrend schwierig. Möglicherweise hat der Rückzug der langjährigen Frontfrau Anke Spoorendonk Stimmen gekostet. Oder die erstmalige Regierungsbeteiligung als Teil der „Nord-Ampel“ ist nicht bei allen Anhängern von 2012 auf Gegenliebe gestoßen. Zudem könnte sich die Politik der dänischen Regierung, die Grenzkontrollen wieder eingeführt hat, negativ ausgewirkt haben.

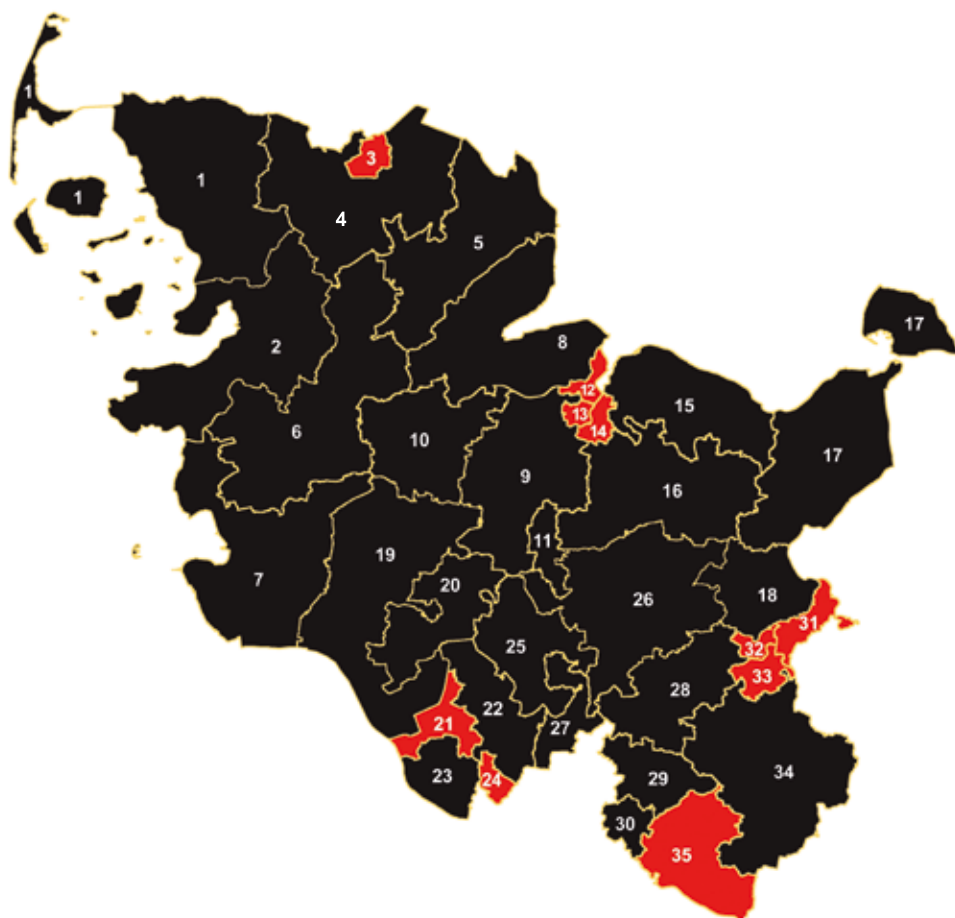
**Stimmenanteil:**  
3,3 Prozent  
**Hochburg:**  
Flensburg,  
12,8 Prozent  
**Tiefpunkt:**  
Lauenburg-Nord,  
1,2 Prozent



# Schwarz mit roten Punkten

Auch bei den Direktmandaten dominierte die Union. In 25 der 35 Wahlkreise machte eine Mehrheit der Wähler ihr Kreuzchen beim CDU-Kandidaten. Das sind drei Wahlkreise mehr als beim Urnengang 2012. So konnten CDU-Bewerber die Industriestadt Neumünster sowie Plön-Nord und Ostholstein-Nord zurückgewinnen. Die SPD gewann statt 13 nur noch zehn Direktmandate – hauptsächlich in den großen Städten. Sie sicherte sich zwar den neu geschaffenen dritten Wahlkreis in Lübeck, verlor aber ein Mandat im Hamburger Rand, wo nur noch drei Wahlkreise an die Sozialdemokraten gingen.

Den größten Stimmenanteil für die Union holte Hans-Jörn Arp mit 45,8 Prozent in Steinburg-West. Bernd Heinemann gelang mit 40,4 Prozent in Kiel-Ost das beste SPD-Ergebnis. CDU-Kandidat Ingbert Liebing erreichte in Nordfriesland-Nord den größten Vorsprung. Er lag 19,2 Prozentpunkte vor seinem SPD-Mitbewerber. Das engste Rennen gab es in Lauenburg-Süd. Hier lag Kathrin Wagner-Bockey (SPD) um 203 Stimmen vor ihrer CDU-Konkurrentin – bei fast 43.000 abgegebenen Stimmen.



Wahlkreis	Gewählter Kandidat
1 Nordfriesland - Nord	Ingbert Liebing (CDU)
2 Nordfriesland - Süd	Klaus Jensen (CDU)
3 Flensburg	Heiner Dunckel (SPD)
4 Flensburg - Land	Petra Nicolaisen (CDU)
5 Schleswig	Johannes Callsen (CDU)
6 Dithmarschen - Schleswig	Andreas Hein (CDU)
7 Dithmarschen - Süd	Volker Nielsen (CDU)
8 Eckernförde	Daniel Günther (CDU)
9 Rendsburg - Ost	Hauke Götsch (CDU)
10 Rendsburg	Hans Hinrich Neve (CDU)
11 Neumünster	Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
12 Kiel - Nord	Torsten Albig (SPD) *
13 Kiel - West	Özlem Ünsal (SPD)
14 Kiel - Ost	Bernd Heinemann (SPD)
15 Plön - Nord	Werner Kalinka (CDU)
16 Plön - Ostholstein	Tim Brockmann (CDU)
17 Ostholstein - Nord	Peer Knöfler (CDU)
18 Ostholstein - Süd	Hartmut Hamerich (CDU)
19 Steinburg - West	Hans-Jörn Arp (CDU)
20 Steinburg - Ost	Heiner Rickers (CDU)

Wahlkreis	Gewählter Kandidat
21 Elmshorn	Beate Raudies (SPD)
22 Pinneberg - Nord	Peter Lehnert (CDU)
23 Pinneberg - Elbmarschen	Barbara Ostmeier (CDU)
24 Pinneberg	Kai Vogel (SPD)
25 Segeberg - West	Ole-Christopher Plambeck (CDU)
26 Segeberg - Ost	Axel Bernstein (CDU)
27 Norderstedt	Katja Rathje-Hoffmann (CDU)
28 Stormarn - Nord	Claus Christian Claussen (CDU)
29 Stormarn - Mitte	Tobias Koch (CDU)
30 Stormarn - Süd	Lukas Kilian (CDU)
31 Lübeck - Ost	Thomas Rother (SPD)
32 Lübeck - West	Kerstin Metzner (SPD)
33 Lübeck - Süd	Wolfgang Baasch (SPD)
34 Lauenburg - Nord	Klaus Schlie (CDU)
35 Lauenburg - Süd	Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

\* Mandat nicht angetreten.

Nachfolger über die SPD-Landesliste ist Tobias von Pein.

# Wahl- beteiligung steigt wieder

64,2 Prozent der Wähler gaben am 7. Mai ihre Stimme ab. Das waren vier Prozentpunkte mehr als 2012. Damit gab es erstmals seit Ende der 80er-Jahre wieder eine Wende nach oben bei der Wahlbeteiligung – wenn man vom Urnengang 2009 absieht, der gemeinsam mit der Bundestagswahl ablief und der von der traditionell höheren Zugwirkung der bundesweiten Wahl profitierte. Allerdings: Die gut 64 Prozent sind der zweitniedrigste Wert bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein seit 1947 (s. Grafik).

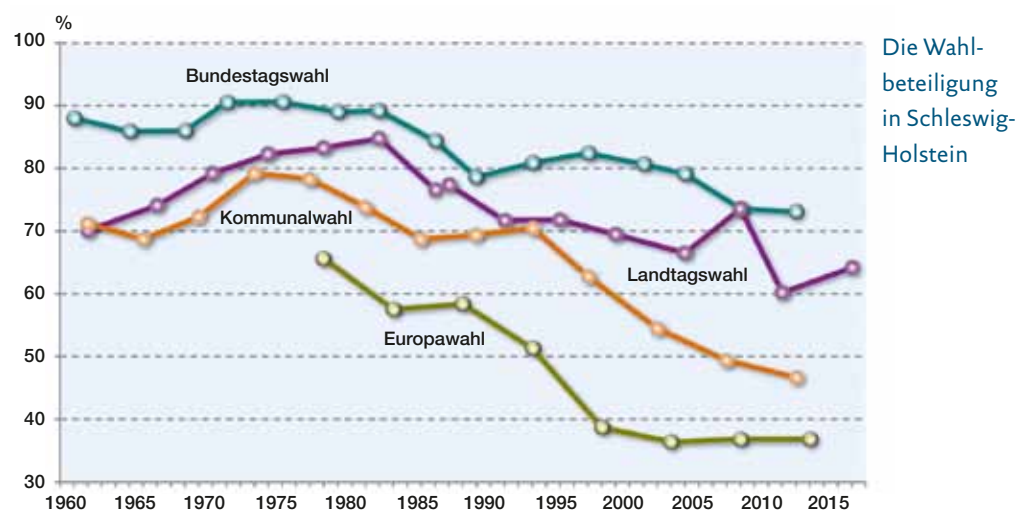
Mit dem Plus bei der Wahlbeteiligung reihte sich Schleswig-Holstein in den Trend anderer Bundesländer ein. Seit Anfang 2016 sind bei allen neun Landtagswahlen die Werte nach oben gegangen, in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr sogar um zehn Prozentpunkte. Forscher sehen zwei Gründe



Erfolgsmodell:  
das mobile  
Wahllokal  
im April  
in Bordesholm

hierfür. Zum einen konnte die AfD ehemalige Nichtwähler für sich mobilisieren. Zum anderen hat das Erstarken populistischer Kräfte wiederum mehr Anhänger der traditionellen Parteien ins Wahllokal gelockt.

Innerhalb des Landes zeigten sich starke Unterschiede. Die meisten Wähler strömten im Wahlkreis Rendsburg-Ost in die Wahllokale: 74,8 Prozent. Dort, im Amt Bordesholm, war auch erstmals das vom Landtag angeregte „mobile Wahllokal“ am Start, das die Bürger in den Wochen vor dem 7. Mai zur Stimmabgabe vor der Haustür einlud – offenbar ein erfolgreiches Experiment.



## Auch am 7. Mai: Bürgermeister und Stadtentwicklung

Am Tag der Landtagswahl standen in einigen Gemeinden auch wichtige kommunalpolitische Entscheidungen an.

Uwe Schmitz ist für weitere sechs Jahre als Bürgermeister von **Husum** bestätigt worden. Er hatte keinen Gegenkandidaten und erhielt 91,7 Prozent der Stimmen. SPD, CDU, Wählergemeinschaft Husum, SSW, Grüne und FDP hatten ihn als Kandidaten vorgeschlagen. Ebenfalls ohne Gegenkandidaten gewann Amtsinhaber Hanno Krause die Bürgermeisterwahl in **Kaltenkirchen**. Der von der CDU und der Wählergemeinschaft „Pro Kaki“ nominierte Krause erhielt 88,6 Prozent der Stimmen und geht nun in eine zweite fünfjährige Amtszeit. In **Büchen** (Kreis Herzogtum Lauenburg) gewann SPD-Kandidat Uwe Möller die Bürgermeisterwahl – auch er ging allein ins Rennen. 82,6 Prozent votierten für eine weitere sechsjährige Amtszeit. In **Eutin** haben 60 Prozent der Wähler dafür gestimmt, das „Haus des Gastes“ am Großen Eutiner See abzureißen. Dort soll ein „Integrationshotel“ mit Café entstehen, in dem 40 Prozent der Beschäftigten Menschen mit Behinderung sind.

Die niedrigsten Werte waren in den Städten Kiel, Neumünster, Flensburg und Lübeck zu verzeichnen. Schlusslicht war Lübeck-West mit 50,6 Prozent. Unterschiede gab es auch zwischen den Altersgruppen. Die Wahlbeteiligung bei den etwa 200.000 Erstwählern, zu denen erstmals auch 16- und 17-Jährige gehörten, lag Schätzungen zufolge nur bei 54 Prozent. Dagegen gingen knapp drei Viertel der Generation 60 plus an die Wahlurne. Der Trend, dass ältere Wähler immer stärker den Ausgang von Wahlen bestimmen, hat sich in Schleswig-Holstein fortgesetzt.

## Mehr als 17 Prozent Briefwähler

255.152 Wähler haben ihre Wahlzettel nicht im Wahllokal abgegeben, sondern per Briefwahl. Das waren 17,14 Prozent aller Stimmen. Innerhalb des Landes gab es große Unterschiede, wobei die Wahlkreise mit der niedrigsten und der höchsten Briefwahl-Quote beide im Kreis Segeberg liegen. Die meisten Briefwähler wurden mit 21,35 Prozent im Wahlkreis Norderstedt gezählt, der geringste Anteil im benachbarten Segeberg-Ost (13,59 Prozent). Insgesamt gilt: In städtischen Gegenden ist die Briefwahl beliebter als auf dem Land. Hohe Werte von mehr als 20 Prozent meldeten etwa Kiel-Nord und Kiel-West. Niedrige Anteile um 13 Prozent gab es dagegen auch in Flensburg-Land und Dithmarschen-Schleswig. Die Zahl der Briefwähler wächst seit Jahrzehnten. Bei Bundestagswahlen stieg ihr Anteil zwischen 1957 und 2013 von 4,9 auf 24,3 Prozent. Die deutschlandweit höchsten Werte von mehr als 30 Prozent erreichten 2013 Bayern, Rheinland-Pfalz und das Ruhrgebiet. Nur bei knapp über zehn Prozent lagen dagegen das Emsland und die Altmark. Schleswig-Holstein kam auf 16 Prozent. Kritiker sehen einen hohen Briefwahlanteil skeptisch. So sei das Wahlgeheimnis nicht garantiert, und es böten sich verschiedene Möglichkeiten zur Wahlfälschung.



# Der Plenarsaal wird zum ZDF- Wahlstudio

Knapp 2.000 Menschen bevölkerten am Wahlabend das Landeshaus, darunter etwa 1.200 Medienvertreter: Journalisten von Print und Online, von Nachrichten- und Bildagenturen, von Hörfunk und TV sowie Techniker und Kameralleute. Sie arbeiteten für rund 35 verschiedene Medien. Neben schleswig-holsteinischen Anbietern waren beispielsweise auch der Bayrische Rundfunk, der Südwestrundfunk, der MDR, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, Spiegel-Online, Zeit-Online und die Stuttgarter Nachrichten dabei. Ausländische Berichterstatter kamen aus Dänemark, Russland, Polen, den USA und Spanien.

Den Plenarsaal hatte erneut das ZDF belegt, das am 7. Mai erstmals sein neues Wahlstudio präsentierte. Vorbereitungen und Aufbau dauerten zwei Wochen, der Abbau lief dann deutlich schneller. Denn die meisten Medienvertreter reisten mit ihrer Technik gleich nach Düsseldorf weiter, wo eine Woche später die NRW-Wahl anstand.



24. April, 16:13 Uhr:

Die Stühle sind schon draußen.



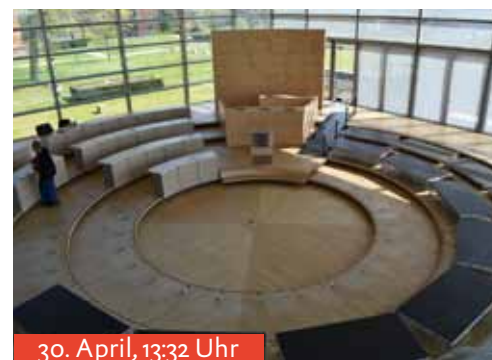
26. April, 11:06 Uhr:

Ein Großteil der Tische wird ausgelagert.



27. April, 17:02 Uhr

Das ZDF bereitet eine „Schalte“ fürs Morgenmagazin vor.



30. April, 13:32 Uhr

Mit Hilfe von Stützen soll eine ebene Fläche entstehen.



1. Mai, 12:56 Uhr

Der neue Boden ist verlegt, die Lichttechnik kommt.



3. Mai, 16:12 Uhr

Strahler, Kulissen, Übertragungstechnik und viele Helfer sind eingetroffen.



7. Mai, 19:08 Uhr

Die „heute“-Sendung des ZDF kommt hauptsächlich aus Kiel.

Bettina Schausten befragt die Spitzenkandidaten, unter anderem Ministerpräsident Torsten Albig und CDU-Kandidat Daniel Günther.



# CDU-Fraktion (25 Sitze)



**Claus Christian Claussen**  
geb. 1961; wohnh. in Bargteheide; Rechtsanwalt und Notar  
Direktmandat im Wahlkreis 28 (Stormarn-Nord)  
**Neu im Landtag**



**Werner Kalinka**  
geb. 1952; wohnh. in Dobersdorf; Journalist  
Direktmandat im Wahlkreis 15 (Plön-Nord)  
**Wieder im Landtag** (Abgeordneter von 1977 bis 1983 und von 2000 bis 2012)



**Petra Nicolaisen**  
geb. 1965; wohnh. in Wanderup; Industriekauffrau  
Direktmandat im Wahlkreis 4 (Flensburg-Land)  
Im Landtag seit 2009



**Wolf Rüdiger Fehrs**  
geb. 1966; wohnh. in Neumünster; Geschäftsführer  
Direktmandat im Wahlkreis 11 (Neumünster)  
**Neu im Landtag**



**Lukas Kilian**  
geb. 1986; wohnh. in Glinde; Rechtsanwalt  
Direktmandat im Wahlkreis 30 (Stormarn-Süd)  
**Neu im Landtag**



**Volker Nielsen**  
geb. 1964; wohnh. in St. Michaelisdonn; Dipl.-Verwaltungswirt  
Direktmandat im Wahlkreis 7 (Dithmarschen-Süd)  
**Wieder im Landtag** (Abgeordneter von 2004 bis 2005)



**Hauke Götttsch**  
geb. 1965; wohnh. in Ehdorf; Agraringenieur  
Direktmandat im Wahlkreis 9 (Rendsburg-Ost)  
Im Landtag seit 2009



**Peer Knöfler**  
geb. 1968; wohnh. in Großenbrode; Berufsschullehrer  
Direktmandat im Wahlkreis 17 (Ostholstein-Nord)  
**Neu im Landtag**



**Barbara Ostmeier**  
geb. 1961; wohnh. in Hetlingen; Volljuristin  
Direktmandat im Wahlkreis 23 (Pinneberg-Elbmarschen)  
Im Landtag seit 2009



**Hans-Jörn Arp**  
geb. 1952; wohnh. in Hohenlockstedt; Gastronom  
Direktmandat im Wahlkreis 19 (Steinburg-West)  
Im Landtag seit 2000



**Daniel Günther**  
geb. 1973; wohnh. in Eckernförde; Politikwissenschaftler  
Direktmandat im Wahlkreis 8 (Eckernförde)  
Im Landtag seit 2009



**Tobias Koch**  
geb. 1973; wohnh. in Ahrensburg; Bankkaufmann  
Direktmandat im Wahlkreis 29 (Stormarn-Mitte)  
Im Landtag seit 2005



**Ole-Christopher Plambeck**  
geb. 1986; wohnh. in Henstedt-Ulzburg; Steuerberater  
Direktmandat im Wahlkreis 25 (Segeberg-West)  
**Neu im Landtag**



**Dr. Axel Bernstein**  
geb. 1974; wohnh. in Wahlstedt; Historiker, Unternehmensberater  
Direktmandat im Wahlkreis 26 (Segeberg-Ost)  
Im Landtag seit 2005



**Hartmut Hamerich**  
geb. 1955; wohnh. in Stockelsdorf; Landwirt  
Direktmandat im Wahlkreis 18 (Ostholstein-Süd)  
Im Landtag seit 2005



**Peter Lehnert**  
geb. 1962; wohnh. in Bilsen; Bankkaufmann  
Direktmandat im Wahlkreis 22 (Pinneberg-Nord)  
Im Landtag seit 1992



**Katja Rathje-Hoffmann**  
geb. 1963; wohnh. in Nahe; Technikerin  
Direktmandat im Wahlkreis 27 (Norderstedt)  
Im Landtag seit 2009



**Tim Brockmann**  
geb. 1977; wohnh. in Preetz; Diplom-Volkswirt  
Direktmandat im Wahlkreis 16 (Plön-Ostholstein)  
**Neu im Landtag**



**Andreas Hein**  
geb. 1967; wohnh. in Heide; Kfz-Mechaniker-Meister  
Direktmandat im Wahlkreis 6 (Dithmarschen-Schleswig)  
**Neu im Landtag**



**Tobias Loose**  
geb. 1984; wohnh. in Kiel; Dipl.-Kaufmann  
Mandat über Landesliste (Platz 8), nachgerückt für Ingbert Liebing  
**Neu im Landtag**



**Heiner Rickers**  
geb. 1966; wohnh. in Oeschebüttel; Dipl.-Agraringenieur  
Direktmandat im Wahlkreis 20 (Steinburg-Ost)  
Im Landtag seit 2009



**Johannes Callsen**  
geb. 1966; wohnh. in Mohrkirch; Diplom-Verwaltungswirt  
Direktmandat im Wahlkreis 5 (Schleswig)  
Im Landtag seit 2005



**Klaus Jensen**  
geb. 1958; wohnh. auf Pellworm; Agraringenieur, Gastronom  
Direktmandat im Wahlkreis 2 (Nordfriesland-Süd)  
Im Landtag seit 2012



**Hans Hinrich Neve**  
geb. 1957; wohnh. in Stafstedt; Landwirt, Agraringenieur  
Direktmandat im Wahlkreis 10 (Rendsburg)  
Im Landtag seit 2009



**Klaus Schlie**  
geb. 1954; wohnh. in Mölln; Realschullehrer  
Direktmandat im Wahlkreis 34 (Lauenburg-Nord)  
Im Landtag von 1996 bis 2005 sowie seit 2009



# SPD-Fraktion

(21 Sitze)



**Wolfgang Baasch**  
geb. 1957; wohnh. in Lübeck; Erzieher

Direktmandat im Wahlkreis 33 (Lübeck-Süd)  
Im Landtag seit 1996



**Thomas Hölck**  
geb. 1962; wohnh. in Haseldorf; Bauingenieur  
Mandat über Landesliste (Platz 7)  
Im Landtag von 2005 bis 2009 und sowie seit 2014



**Sandra Redmann**  
geb. 1965; wohnh. in Bad Schwartau; Buchhändlerin  
Mandat über Landesliste (Platz 6)  
Im Landtag seit 2000



**Dr. Kai Dolgner**  
geb. 1969; wohnh. in Osterrönfeld; Diplom-Chemiker

Mandat über Landesliste (Platz 9)  
Im Landtag seit 2009



**Kerstin Metzner**  
geb. 1961; wohnh. in Lübeck; Diplom-Bauingenieurin

Direktmandat im Wahlkreis 32 (Lübeck-West)  
Neu im Landtag



**Thomas Rother**  
geb. 1959; wohnh. in Lübeck; Dipl.-Betriebswirt, Dipl.-Sozialökonom  
Direktmandat im Wahlkreis 31 (Lübeck-Ost)  
Im Landtag seit 2000



**Dr. Heiner Dunckel**  
geb. 1954; wohnh. in Flensburg; Universitätsprofessor  
Direktmandat im Wahlkreis 3 (Flensburg)  
Neu im Landtag



**Serpil Midyatli**  
geb. 1975; wohnh. in Gettorf; Selbstständig

Mandat über Landesliste (Platz 2)  
Im Landtag seit 2009



**Dr. Ralf Stegner**  
geb. 1959; wohnh. in Bordesholm; Politikwissenschaftler

Mandat über Landesliste (Platz 3)  
Im Landtag seit 2005



**Kirsten Eickhoff-Weber**  
geb. 1960; wohnh. in Neumünster; Diplom-Ingenieurin  
Landespflege  
Mandat über Landesliste (Platz 14)  
Im Landtag seit 2012



**Birte Pauls**  
geb. 1965; wohnh. in Schleswig; Krankenschwester

Mandat über Landesliste (Platz 8)  
Im Landtag seit 2009



**Özlem Ünsal**  
geb. 1974; wohnh. in Kiel; Politologin, Angestellte

Direktmandat im Wahlkreis 13 (Kiel-West)  
Neu im Landtag



**Martin Habersaat**  
geb. 1977; wohnh. in Reinbek; Studienrat

Mandat über Landesliste (Platz 5)  
Im Landtag seit 2009



**Tobias von Pein**  
geb. 1985; wohnh. in Ahrensburg; Sozialökonom

Mandat über Landesliste (Platz 15)  
Im Landtag seit 2012



**Kai Vogel**  
geb. 1968; wohnh. in Pinneberg; Lehrer

Direktmandat im Wahlkreis 24 (Pinneberg)  
Im Landtag seit 2012



**Bernd Heinemann**  
geb. 1952; wohnh. in Kiel; Geschäftsführer

Direktmandat im Wahlkreis 14 (Kiel-Ost)  
Im Landtag seit 2009



**Regina Poersch**  
geb. 1969; wohnh. in Eutin; Diplom-Verwaltungswirtin

Mandat über Landesliste (Platz 10)  
Im Landtag seit 2005



**Kathrin Wagner-Bockey**  
geb. 1968; wohnh. in Geesthacht; Kriminalhauptkommissarin  
Direktmandat im Wahlkreis 35 (Lauenburg-Süd)  
Neu im Landtag



**Birgit Herdejürgen**  
geb. 1965; wohnh. in Itzehoe; Diplom-Sozialökonomin

Mandat über Landesliste (Platz 4)  
Im Landtag seit 2000



**Beate Raudies**  
1966; wohnh. in Elmshorn; Beamtin

Direktmandat im Wahlkreis 21 (Elmshorn)  
Im Landtag seit 2012



**Stefan Weber**  
geb. 1963; wohnh. in Sievershütten; Diplom-Sozialwirt

Mandat über Landesliste (Platz 13)  
Neu im Landtag

## Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen (10 Sitze)



**Rasmus Andresen**  
geb. 1986; wohnh. in  
Flensburg;  
Kommunikations-  
und Verwaltungs-  
wissenschaftler  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 4)  
Im Landtag seit 2009



**Burkhard Peters**  
geb. 1953; wohnh.  
in Hornbek;  
Rechtsanwalt  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 6)  
Im Landtag seit 2012



**Dr. Andreas Tietze**  
geb. 1962; wohnh.  
in Husum;  
Sozialpädagoge  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 10)  
Im Landtag seit 2009



**Dr. Marret Bohn**  
geb. 1964; wohnh. in  
Klein-Königsförde;  
Ärztin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 5)  
Im Landtag seit 2009



**Lasse Petersdotter**  
geb. 1990; wohnh.  
in Kiel;  
Politik- und Islam-  
wissenschaftler  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 8)  
**Neu im Landtag**



**Aminata Touré**  
geb. 1992, wohnh. in  
Kiel, Politikwissen-  
schaftlerin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 11), nach-  
gerückt für Monika  
Heinold  
**Neu im Landtag**



**Marlies Fritzen**  
geb. 1962; wohnh.  
in Stockelsdorf;  
Historikerin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 7)  
Im Landtag seit 2009



**Ines Strehlau**  
geb. 1959; wohnh.  
in Halstenbek;  
Lehrerin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 9)  
Im Landtag seit 2009



**Bernd Voß**  
geb. 1954; wohnh.  
in Nortorf;  
Landwirt  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 2)  
Im Landtag seit 2009



**Eka von Kalben**  
geb. 1964; wohnh.  
in Borstel-Hohen-  
raden; Diplom-  
Verwaltungswirtin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 3)  
Im Landtag seit 2012

## SSW im Landtag (3 Sitze)



**Lars Harms**  
geb. 1964; wohnh.  
in Husum;  
Diplom-Betriebswirt  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 1)  
Im Landtag seit 2000



**Flemming Meyer**  
geb. 1951; wohnh.  
in Schafflund;  
Lehrer  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 3)  
Im Landtag seit 2009



**Jette Waldinger-  
Thiering**  
geb. 1964; wohnh.  
in Eckernförde;  
Lehrerin  
Mandat über Landes-  
liste (Platz 2)  
Im Landtag seit 2012



## FDP-Fraktion (9 Sitze)



**Dennys Bornhöft**  
geb. 1986; wohnh. in Kiel;  
Regierungsrat

Mandat über Landesliste (Platz 7)  
**Neu im Landtag**



**Annabell Krämer**  
geb. 1971; wohnh. in Quickborn;  
Diplom-Kauffrau

Mandat über Landesliste (Platz 6)  
**Neu im Landtag**



**Kay Richert**  
geb. 1974; wohnh. in Flensburg;  
Diplom-Verwaltungswirt

Mandat über Landesliste (Platz 8)  
**Neu im Landtag**



**Dr. Heiner Garg**  
geb. 1966; wohnh. in Kiel;  
Diplom-Volkswirt

Mandat über Landesliste (Platz 2)  
Im Landtag seit 2000



**Wolfgang Kubicki**  
geb. 1952; wohnh. in Strande;  
Rechtsanwalt,  
Diplom-Volkswirt

Mandat über Landesliste (Platz 1)  
Im Landtag seit 1992



**Christopher Vogt**  
geb. 1984; wohnh. in Nusse;  
Wirtschaftsingenieur

Mandat über Landesliste (Platz 4)  
Im Landtag seit 2009



**Stephan Holowaty**  
geb. 1963; wohnh. in Henstedt-Ulzburg;  
Diplom-Kaufmann

Mandat über Landesliste (Platz 9)  
**Neu im Landtag**



**Oliver Kumbartzky**  
geb. 1981; wohnh. in Brunsbüttel;  
Diplom-Kaufmann

Mandat über Landesliste (Platz 5)  
Im Landtag seit 2009



**Anita Klahn**  
geb. 1960; wohnh. in Bad Oldesloe;  
Industriemeisterin  
Druck

Mandat über Landesliste (Platz 3)  
Im Landtag seit 2009

## AfD-Fraktion (5 Sitze)



**Dr. Frank Brodehl**  
geb. 1971; wohnh. in Eutin;  
Sonderschullehrer

Mandat über Landesliste (Platz 4)  
**Neu im Landtag**



**Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein**  
geb. 1954; wohnh. in Schwentinental;  
Rechtsanwältin

Mandat über Landesliste (Platz 3)  
**Neu im Landtag**



**Volker Schnurrbusch**  
geb. 1958; wohnh. in Schönwalde;  
Journalist, Produzent

Mandat über Landesliste (Platz 5)  
**Neu im Landtag**



**Jörg Nobis**  
geb. 1975; wohnh. in Kaltenkirchen;  
Nautisch-technischer Sachverständiger

Mandat über Landesliste (Platz 1)  
**Neu im Landtag**



**Claus Schaffer**  
geb. 1969; wohnh. in Kiel;  
Kriminalbeamter

Mandat über Landesliste (Platz 2)  
**Neu im Landtag**



# Alte, Junge, Neue, Frauen, Lehrer und Söhne

Ein Blick in den 19. Landtag und in die Vergangenheit

**Durchschnittsalter:** Der durchschnittliche Abgeordnete der 19. Wahlperiode ist im Mai 1966 geboren und damit zu Beginn der Wahlperiode 51 Jahre alt. Das ist ein höheres Alter als in den vergangenen beiden Wahlperioden (jeweils 48 Jahre). Jüngste Fraktion ist die FDP. Der liberale Durchschnittsabgeordnete ist 1970 geboren. Ein SSW-Abgeordneter ist im Schnitt elf Jahre älter.

**Neulinge:** 24 der 73 Abgeordneten sind neu im Landtag. Das sind 32,9 Prozent. Bei der CDU gibt es acht Neulinge, bei der SPD fünf, bei der FDP vier und bei den Grünen zwei. Hinzu kommen die fünf Abgeordneten der AfD. Der SSW entsendet dieselben drei Vertreter wie in der letzten Wahlperiode.

**Erfahrung:** Insgesamt 504 Jahre Parlamentserfahrung sitzen im neuen Landtag. Alterspräsident Wolfgang Kubicki (FDP) und Peter Lehnert (CDU) gehören dem Parlament seit 1992 an und blicken auf 25 Jahre im Haus an der Förde zurück. Ihre Kandidatur war damit bei sieben Landtagswahlen erfolgreich. Werner Kalinka (CDU) zog zum sechsten Mal in den Landtag ein. Er ist mit Unterbrechungen bereits seit 1977 dabei und verfügt über insgesamt 18 Jahre Erfahrung als Abgeordneter. Ebenfalls seine sechste Wahlperiode trat Wolfgang Baasch (SPD) an, der seit 1996 sein Mandat behaupten konnte. Der erfahrenste Abgeordnete in der Geschichte des Landtages ist Günter Neugebauer (SPD). Er war dreißig Jahre im Haus an der Förde aktiv, zwischen 1979 und 2009. Bundesweiter Rekordhal-

ter als Langzeit-Landtagsabgeordneter ist übrigens der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau, der 41 Jahr lang für die SPD im Landesparlament von Nordrhein-Westfalen saß.



**Der Erfahrenste:**  
Günter  
Neugebauer  
gehörte dem  
Landtag  
30 Jahre lang an.

**Die Jüngste:** Jüngste Abgeordnete in dieser Wahlperiode ist Aminata Touré von den Grünen. Sie ist am 15. November 1992 geboren und war damit 24 Jahre und sieben Monate alt, als sie das Mandat antrat. Außerdem sitzen zwei ehemals jüngste Abgeordnete im Parlament: Werner Kalinka (CDU) war 25 Jahre und drei Monate alt, als er 1977 erstmals in den Landtag einzog und damit den über 20 Jahre alten Jugend-Rekord von Gerhard Stoltenberg brach. Sein Rekord hielt bis 2009, als Rasmus Andresen von den Grünen mit 23 Jahren und acht Monaten den Sprung ins Parlament schaffte, dem er auch heute noch angehört. Der bislang Allerjüngste ist dagegen nicht mehr im Landtag vertreten: Sven Krumbeck (Piraten), der 2012 mit 23 Jahren und sieben Monaten in den Landtag kam, trat zur Wahl am 7. Mai nicht mehr an.



**Zwischenzeitlich der Jüngste und wahrscheinlich der Älteste:**  
Gerhard Stoltenberg kam 1954 kurz nach seinem 26. Geburtstag in den Landtag. Hermann Lüdemann (re.) schied 1958 mit 78 Jahren aus.

**Der Älteste:** Mit 65 Jahren ist Flemming Meyer vom SSW (geboren am 13. Dezember 1951) der älteste Parlamentarier in dieser Wahlperiode. Ältester Abgeordneter in der Geschichte des Landtages war wahrscheinlich der ehemalige Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD), der 1958 im Alter von 78 Jahren und zwei Monaten aus dem Parlament ausschied. Ganz genau lässt sich der „Methusalem“ nicht bestimmen, denn die Geburtsdaten der Abgeordneten aus der Frühzeit des Landtages sind teilweise nicht überliefert.

**Frauenanteil:** Der Frauenanteil ist mit 30,1 Prozent so niedrig wie seit Ende der 80er-Jahre nicht mehr. 2009 saßen 36,8 Prozent weibliche Abgeordnete im Plenarsaal, 2012 waren es noch 31,9 Prozent. Den höchsten Frauenanteil hatte der 1996 gewählte 14. Landtag mit 38,6 Prozent. 22 Frauen gehören dem neuen Landtag an. Bei der CDU sind lediglich drei der 25 Mandatsträger weiblich. Bei der SPD (zehn von 21) und den Grünen (fünf von zehn) ist der Wert deutlich höher. Bei der FDP sind zwei von neun Abgeordneten weiblich, bei der AfD eine von fünf, beim SSW eine von drei.

**Berufe:** Acht Lehrer sitzen im neuen Landtag, zudem jeweils sechs Juristen, Kaufleute und Landwirte. Außerdem: zwei Journalisten, zwei Kriminalbeamte, ein Gastwirt, ein Kfz-Meister, eine Buchhändlerin, eine Krankenschwester, eine Ärztin, ein Chemiker und ein Universitätsprofessor.

**Vater und Sohn:** Mit Claus Christian Claussen (CDU) zieht der Sohn eines ehemaligen Abgeordneten und Ministers ins Parlament ein. Sein Vater Karl Eduard Claussen saß von 1967 bis 1996 für die Union im Landtag und war zwischen 1971 und 1988 Sozial-, Justiz- und schließlich Innenminister. Flemming Meyer, seit 2009 für den SSW im Parlament, ist der Sohn von Karl Otto Meyer, der von 1971 bis 1996 die Interessen der dänischen Minderheit in Kiel vertrat. Eine dritte Vater-Sohn-Konstellation gab es bereits vor gut 30 Jahren: Volker Lemke (CDU-Abgeordneter von 1983 bis 1987) ist der Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten und Landtagspräsidenten Helmut Lemke (Mitglied des Landtages von 1955 bis 1983).

# Acht weitere Abschiede

Acht Abgeordnete sind bei der Wahl angetreten, haben aber kein Mandat erringen können oder ihr neues Mandat nicht angetreten. In unserer vorherigen Ausgabe hatten wir bereits die 14 Parlamentarier verabschiedet, die zur Wahl nicht wieder angetreten sind. Insgesamt sind damit 22 Abgeordnete des „alten“ Landtages im neu gewählten Parlament nicht mehr vertreten.



**Torsten Albig, SPD,**  
im Landtag von Juni 2012 bis Juni 2017. Der SPD-Ministerpräsident trat nach der Wahlniederlage seiner Partei von allen politischen Ämtern zurück.

Albig stammt aus Bremen, verbrachte einen Teil seiner Kindheit in Heiligenhafen und stieg 1994 als Stadtvertreter in Lütjenburg in die Politik ein. Der Jurist und Finanzexperte wurde Sprecher der Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine, Hans Eichel und

Peer Steinbrück, bevor er 2009 zum Kieler Oberbürgermeister gewählt wurde. Nach der Landtagswahl 2012 brachte der SPD-Spitzenkandidat die „Nord-Ampel“ mit Grünen und SSW zusammen, die fünf Jahre lang mit einer Ein-Stimmen-Mehrheit das Land regierte.

Albigs Koalition profitierte von sprudelnden Steuereinnahmen und niedrigen Zinsen. Sie konsolidierte den Landeshaushalt und erreichte für 2017 erstmals seit Jahrzehnten wieder eine Schwarze Null in den Büchern. Die „Nord-Ampel“ nahm Kürzungen der schwarz-gelben Vorgänger zurück, etwa bei den Lehrerstellen und den dänischen Schulen. Schleswig-Holstein trieb unter Albig den Ausbau der Windkraft voran und verfolgte eine an humanitären Grundsätzen ausgerichtete Flüchtlingspolitik.

Nach Albigs Rücktritt lobten seine einstigen Koalitionspartner die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“. Albig habe einen „neuen Politikstil“ etabliert: „erst zuhören, dann entscheiden“. Sein Nachfolger Daniel Günther betonte, Albig habe im Amt „Größe gezeigt“ und für Schleswig-Holstein „Großartiges geleistet“.



**Ekkehard Klug, FDP,**  
im Landtag von Mai 1992 bis Juni 2017.

Der ehemalige Bildungsminister und Fraktionsvorsitzende war über 25 Jahre eine prägende Persönlichkeit der schleswig-holsteinischen Politik. Klug war im Wahlkreis Kiel-West ins Rennen gegangen, einer traditionellen SPD-Hochburg. Einen Listenplatz hatte er nicht. Weil abzusehen war, dass seine Kandidatur wenig Aussicht auf Erfolg haben würde, richtete Landtagspräsident Klaus Schlie bereits in der März-Sitzung einige Abschiedsworte an den Osteuropa-Historiker. „Sie haben über sechs Wahlperioden in diesem Parlament mit großer Erfahrung gewirkt“, so Schlie: „Sie werden uns auch wegen Ihrer spritzigen und intellektuell herausfordernden Bemerkungen fehlen.“



**Stefan Bolln, SPD,**  
im Landtag von November 2016 bis Juni 2017.

Der Schornsteinfeger aus Barmstedt war erst im vergangenen Jahr in den Landtag nachgerückt.



**Patrick Breyer, Piraten,**  
im Landtag von Juni 2012 bis Juni 2017.

Der Jurist kämpfte mit seiner Piratenpartei vergeblich um den Wiedereinzug ins Parlament.



**Wolfgang Dudda, Piraten,**  
im Landtag von Juni 2012 bis Juni 2017.

Auch der Zollbeamte, Landesvorsitzender seiner Partei, schied nach einer Wahlperiode aus.

**Katrin Fedrowitz, SPD,**

im Landtag von Januar 2016 bis Juni 2017. Die Norderstedterin

war ebenfalls während der vergangenen Wahlperiode in den Landtag nachgerückt.



**Uli König, Piraten,**  
im Landtag von Juni 2012 bis Juni 2017.

Der Pirat war in der vergangenen Wahlperiode Vorsitzender des Petitionsausschusses.



**Johanna Skalski, SPD,**  
im Landtag von Januar bis Juni 2017.

Die Rechtsanwältin aus Elmshorn war zu Jahresbeginn ins Parlament nachgerückt.





**Wolfgang Kubicki**, FDP-Fraktionsvorsitzender, ist auf dem Bundesparteitag seiner Partei Ende April mit 92,3 Prozent Zustimmung in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender bestätigt worden. **Heiner Garg**, Landesvorsitzender der Liberalen, bleibt mit einem Zuspruch von 82,8 Prozent Beisitzer im Bundesvorstand.

**Johannes Callsen**, seit 2005 CDU-Abgeordneter und zwischenzeitlich Fraktionsvorsitzender, übernimmt neben seinem Mandat den Posten des Minderheitenbeauftragten der Landesregierung. Der aus Mohrkirch in Angeln stammende Christdemokrat ist Nachfolger von **Renate Schnack**, die das Amt mit Unterbrechungen seit 2000 innehatte. Der ehrenamtliche Minderheitenbeauftragte berät die Landesregierung in Fragen der dänischen Minderheit im Grenzland, der deutschen Minderheit in Dänemark, der schleswig-holsteinischen Friesen und der im Land lebenden deutschen Sinti und Roma.



**Herlich Marie Todsens-Reese**, von 1996 bis 2012 für die CDU im Landtag und von 2009 bis 2012 Parlamentsvizepräsidentin, ist Ende Mai mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Torsten Albig überreichte den Orden im Namen des Bundespräsidenten und erinnerte an Todsens-Reeses langjähriges Engagement für Umweltschutz und Kultur. Die Politikerin aus Malente war Vorsitzende der Stiftung Naturschutz, Präsidentin des Musikerverbandes Schleswig-Holstein, Landessynodale der Nordkirche und Kreisvorsitzende der Europa-Union.

## Aus den Fraktionen

**Tobias Koch** ist neuer Fraktionsvorsitzender der CDU. Er erhielt Ende Juni 22 von 25 Stimmen. Seine Stellvertreter sind **Katja Rathje-Hoffmann**, **Tim Brockmann** und **Peter Lehnert**. Parlamentarischer Geschäftsführer bleibt **Hans-Jörn Arp**. +++ **Ralf Stegner** erhielt kurz nach dem Wahltag den Zuspruch aller 21 SPD-Abgeordneten und bleibt Fraktionsvorsitzender. Stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind **Serpil Midyatli**, **Martin Habersaat** und **Birte Pauls**. Parlamentarische Geschäftsführerin ist erneut **Birgit Herdejürgen**. +++ **Eka von Kalben** wurde einstimmig erneut zur Fraktionsvorsitzenden der Grünen gewählt. Sie hatte diesen Posten schon in der vergangenen Wahlperiode inne. **Marret Bohn** bleibt Parlamentarische Geschäftsführerin. Neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender ist **Bernd Voß**. +++ **Wolfgang Kubicki** bleibt FDP-Fraktionschef. Er wurde einstimmig gewählt, ebenso wie sein Stellvertreter **Christopher Vogt** und seine zweite Stellvertreterin **Anita Klahn**. Vogt ist auch Parlamentarischer Geschäftsführer. +++ Spitzenkandidat **Jörg Nobis** ist Fraktionschef der AfD, sein Stellvertreter ist **Claus Schaffer**, Parlamentarischer Geschäftsführer ist **Volker Schnurrbusch**. +++ **Lars Harms** leitet erneut die dreiköpfige SSW-Gruppe. Seine Stellvertreterin ist **Jette Waldinger-Thiering**.

**Torge Schmidt** und **Sven Krumbeck**, in der vergangenen Wahlperiode Piraten-Abgeordnete im Landtag, sind Ende Juni aus ihrer Partei ausgetreten. Sie seien mit der politischen Ausrichtung der Piraten nicht mehr einverstanden, teilten die beiden mit.

**Marion Herdan** aus Molfsee bei Kiel, CDU-Landtagsabgeordnete von 2009 bis 2012, gehört bis zum Ende der Wahlperiode im Oktober dem Bundestag an. Sie rückt für **Ingbert Liebing** nach, der seine Mandate in Landtag und Bundestag niedergelegt hat, um Bevollmächtigter der Landesregierung beim Bund zu werden.



**Hauke Petersen** ist seit Mitte April stellvertretender Landesbeauftragter für politische Bildung. Der 33-Jährige hat in Kiel Geschichte, Politikwissenschaft und Literaturwissenschaft studiert und war zuletzt Studienleiter der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente sowie Lehrbeauftragter an der Kieler Uni für „politische Bildung als Berufsfeld“. Petersen übernimmt die Stelle von **Klaus Kellmann**. Der Historiker und Germanist war 1985 in die damalige

## Runde Geburtstage

**Brita Schmitz-Hübsch** aus Flensburg, von 1992 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 24. Juni ihren 75. Geburtstag gefeiert.

**Joachim Roggenbock** aus Itzehoe, von 1977 bis 1987 für die SPD im Landtag, hat am 18. April seinen 70. Geburtstag gefeiert.

**Ursula Sassen** aus Sankt Peter-Ording, von 2000 bis 2012 für die CDU im Landtag, hat am 16. Juni ihren 70. Geburtstag gefeiert.

**Ingrid Franzen** aus Flensburg, von 1992 bis 2009 für die SPD im Landtag, Landtagsvizepräsidentin von 2005 bis 2009, Landwirtschaftsministerin von 2000 bis 2003, hat am 25. Juni ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



Landeszentrale für politische Bildung gekommen und ist nun in den Ruhestand gegangen. Der Landesbeauftragte Christian Meyer-Heidemann lobte Kellmann als „Urgestein der politischen Bildung in Schleswig-Holstein“.



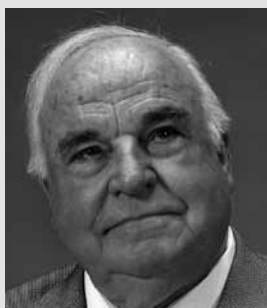
**Parlamentarisches Kontrollgremium:**

Der Landtag hat Ende Juni die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums für den Verfassungsschutz gewählt: Tobias Koch (CDU), Ralf Stegner (SPD), Burkhard Peters (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP), Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD) und Lars Harms (SSW).

Laut Landesverfassungsschutzgesetz unterliegt die Landesregierung in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes der Kontrolle durch dieses Gremium. Die Regierung muss die Abgeordneten umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung unterrichten. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung verpflichtet. Das Gremium tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen.

**G10-Kommission:** Der Landtag hat auf Vorschlag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW den Fraktionschef der Liberalen, Wolfgang Kubicki, zum Vorsitzenden der G10-Kommission wiedergewählt. Als Beisitzer bestimmte das Plenum Ende Juni Barbara Ostmeier (CDU) und Katrin Wagner-Bockey (SPD).

Die G10-Kommission ist ein Kontrollorgan zur Einhaltung von Paragraf 10 des Grundgesetzes. Dieser betrifft das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis. Die Mitglieder werden regelmäßig vom Verfassungsschutz über dessen Arbeit in Kenntnis gesetzt.

**Nachrufe****Trauer um Helmut Kohl, Hans Alwin Ketels und Berndt Heydemann**

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag Ende Juni des ehemaligen Bundeskanzlers **Helmut Kohl** gedacht. Kohl war am 16. Juni im Alter von 87 Jahren in Ludwigshafen verstorben. Landtagspräsident Klaus Schlie würdigte den Christdemokraten als „einen der bedeutendsten Politiker der deutschen Geschichte“. Kohl war Kanzler von 1982 bis 1998.

„Von geradezu historischer Dimension“ seien Kohls Verdienste „um die Wiedervereinigung Deutschlands in einem in Frieden und Freiheit geeinten Europa“, so Schlie. Eine „Grundüberzeugung“ des Altkanzlers sei es gewesen, dass sich „die Herausforderungen unserer Zeit nicht mehr alleine im nationalen Maßstab lösen lassen“.

Zu Beginn seiner konstituierenden Sitzung hat der Landtag des ehemaligen CDU-Abgeordneten **Hans Alwin Ketels** gedacht, der am 12. April im Alter von 103 Jahren in seinem Heimatort Garding verstorben ist. Alterspräsident Wolfgang Kubicki erinnerte an „einen Eiderstedter, wie er im Buche steht: heimatverbunden, aber weitsichtig, ohne jede Eitelkeit, nüchtern und gradlinig, aber auch humorvoll“.

Ketels „erlebte die großen Umbrüche des 20. Jahrhunderts“, so Kubicki. 1945 kehrte der Landwirt schwerbeschädigt aus der Sowjetunion zurück. In der Nachkriegszeit engagierte er sich im Bauernverband, in der Landjugend und in der Landwirtschaftskammer und war bis zur Kreisgebietsreform 1970 der letzte Kreispräsident Eiderstedts. 1965 rückte er für die CDU in den Landtag nach und gewann bis 1983 seinen Wahlkreis Husum-Eiderstedt mehrfach direkt. Er wurde mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, der Schleswig-Holstein-Medaille und der Freiherr-vom-Stein-Medaille ausgezeichnet.



Anlässlich seines 100. Geburtstages besuchte Hans Alwin Ketels 2013 die CDU-Fraktion.



Mit dem ehemaligen Landesumweltminister **Berndt Heydemann** hat Schleswig-Holstein einen „herausragenden Wissenschaftler und Politiker“ verloren. Das betonte Landtagspräsident Klaus Schlie. Heydemann war am 6. April im Alter von 87 Jahren verstorben. Der parteilose Ökologie-Professor an der Kieler Uni war von 1988 bis 1993 Schleswig-Holsteins erster Umweltminister. Auf seine Initiative geht das erste Landesnaturschutzgesetz zurück. „Professor Heydemann war als hochqualifizierter Wissenschaftler in seinen politischen Forderungen meist viel weiter als das Bewusstsein in der Gesellschaft“, so Schlie.

**Bei der Bundestagswahl am 24. September kandidieren zahlreiche ehemalige und aktuelle Landtagsabgeordnete.**

Der ehemalige Fraktionsvorsitzende im Landtag, **Johann Wadephul**, steht auf Platz 1 der Landesliste der CDU. Er kandidiert auch im Wahlkreis Rendsburg Eckernförde. Als weitere ehemalige Mitglieder des Landtages hat die Union **Gero Storjohann** (Platz 5, Wahlkreis Segeberg - Stormarn Mitte), **Astrid Damerow** (Platz 6, Nordfriesland - Dithmarschen Nord), **Thomas Stritzl** (Platz 7, Kiel), **Michael von Abercron** (Platz 11, Pinneberg) sowie **Marion Herdan** (Platz 18) nominiert. +++ Die SPD schickt den ehemaligen Landtagsabgeordneten **Ernst-Dieter Rossmann** (Platz 4, Wahlkreis Pinneberg) ins Rennen. +++ Bei den Grünen kandidieren die Ex-MdL **Luise Amtsberg** (Platz 1) und **Jörg Nickel** (Platz 4). +++ Bei der FDP steht Fraktionschef **Wolfgang Kubicki** auf Listenplatz 1.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.

Diesmal geht es ins Jahr 1947, das Jahr der ersten Landtagswahl nach dem Krieg.

# 1947: Demokratischer Aufbruch

Am 8. Mai 1947, zwei Jahre nach Kriegsende und fast auf den Tag genau 70 Jahre vor dem Urnengang in diesem Jahr, kam in Kiel der erste frei gewählte Landtag zusammen. Anhand des Protokolls dieser Sitzung hat die Redaktion ein vierseitiges Heft erstellt. So ungefähr hätte es wohl ausgesehen, wenn es vor 70 Jahren bereits eine Landtagszeitschrift gegeben hätte – tatsächlich gibt es den „Landtag“ erst seit 1965. Diese kleine historische Spielerei ist vor zehn Jahren schon einmal erschienen. Wir drucken sie auf den folgenden Seiten erneut ab, mit dem deutlichen Hinweis: Diese Ausgabe ist nicht „echt“, aber durchaus authentisch.

Erstellt nach den Protokollen von 1947

## Es gab mehr als ein „Landeshaus“



Der erste, von der britischen Militärverwaltung ernannte Landtag traf sich zu seiner Auftaktsitzung am 26. Februar 1946 im Kieler Stadttheater. Nach der feierlichen Eröffnung mussten die Abgeordneten allerdings weichen. Nächste Station: das „Theater des Westens“ (s. Foto) am Wilhelmplatz – wo es aber weder Tische noch Heizung gab.

Seit Mai 1950 kommt der Landtag im Haus an der Förde zusammen. Vorher trafen sich die Abgeordneten unter den erschwerten Bedingungen der Nachkriegszeit an verschiedenen Orten – nicht nur in Kiel.



Im Hörsaal der Kieler Anstalt für Milchwissenschaften kam der Landtag im April und Mai 1946 zwei Mal zusammen. Der Saal in der Schützenstraße, der heutigen Hermann-Weigmann-Straße, war zwar beheizt, aber nicht groß genug. Die Suche nach einer festen Bleibe ging weiter.



Der Festsaal der Pädagogischen Hochschule in Kiel-Hassee war Schauplatz von 42 Tagungen zwischen 1946 und 1950. Das Gebäude wurde allerdings auch von der Uni-Kinderklinik genutzt. Und deren Chefarzt beschwerte sich, weil er pro Sitzungstag „sieben bis zehn schwerkranke Kinder“ abweisen müsse.



Am 20. April 1947 stand die erste Landtagswahl an, und die Parlamentarier gingen auf Reisen, um Präsenz im ganzen Land zu zeigen. Erste Station war das Lübecker Rathaus. Dort protestierte der Landtag am 28. Februar 1947 – erfolglos – gegen die von den Briten geplante Sprengung der Insel Helgoland.



Nächster Sitzungsort außerhalb Kiels war am 10. April 1947 die Gaststätte „Neue Harmonie“ in Flensburg. Kurz vor der Wahl machten sich die Abgeordneten für „Sondermaßnahmen“ zugunsten des nördlichen Landesteils stark. Die Vertreter der dänischen Minderheit sahen darin eine Wahlhilfe für deutsche Parteien und protestierten.



Im Hotel Seegarten in Eckernförde wandte sich der Landtag am 5. Dezember 1948 gegen die geplante Demontage der Torpedo-Versuchsanstalt in Surendorf an der Eckernförder Bucht. Hier hätten Tausende Arbeitsplätze entstehen können. Doch die Briten begannen nur zwei Tage später mit der Zerstörung der Anlage.





Demokratischer Neubeginn in Schleswig-Holstein:

## Erster gewählter Landtag tritt in Kiel zusammen



Auf den Tag genau zwei Jahre nach Kriegsende, am 8. Mai 1947, hat sich in der Pädagogischen Akademie in Kiel-Hassee der erste gewählte Schleswig-Holsteinische Landtag zusammengefunden. Nachdem seit Februar 1946 bereits zwei ernannte Landtage von der Besatzungsmacht eingerichtet worden waren, konnten die Bürger bei der Wahl am 20. April erstmals selbst mitbestimmen. Der Urnengang hat der SPD einen deutlichen Sieg beschert. Nun steht die neue Regierung unter Ministerpräsident Hermann Lüdemann vor der großen Aufgabe, die Folgen des zurückliegenden Hungerwinters abzumildern sowie Wohnungsnot, wirtschaftliche Talfahrt und Flüchtlingselend zu bekämpfen.

### Regierungserklärung:

## Lüdemann an die Briten: „Gebt uns Freiräume“

In seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag hat der neue Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD) umfangreiche Bemühungen für den Wiederaufbau Schleswig-Holsteins und zur Neugestaltung der Verwaltung, der Wirtschaft und des Bildungswesens angekündigt. Er unterstrich dabei die sozialdemokratischen Forderungen nach einer Bodenreform und einer Verstaatlichung der Großindustrie. Die britische Besatzungsmacht rief Lüdemann auf, seinem Kabinett bei der Umsetzung dieser Ziele freie Hand zu lassen: „Geben Sie uns so viel Handlungsfreiheit, daß wir den Auftrag unserer Wähler erfüllen können!“

Hierzu gehört für den Regierungschef eine ausreichende finanzielle Ausstattung des Landes. Lüdemann sah die Militärregierung in der Pflicht, den Finanzausgleich innerhalb der britischen Zone zugunsten des

Nordens zu ändern. Angesichts der 1 ¼ Millionen Flüchtlinge, die das Land in den letzten Jahren aufzunehmen hatte, werde die jetzige Praxis „den besonderen Belastungen Schleswig-Holsteins in keiner Weise gerecht“.

Als einen zentralen Grundsatz seiner Regierungspolitik kündigte der Ministerpräsident „äußerste Sparsamkeit“ an. So gelte es, „den Personalstand vieler Behörden einschneidend zu vermindern“. Die Aufnahme von Schulden zur Bekämpfung der Finanzmisere lehnte er ab: „Eine Defizitwirtschaft wird die Landesregierung schon wegen der daraus entspringenden Inflationsgefahr vermeiden.“

Die „grundsätzlichen Fragen der Wirtschaftspolitik“ sind für Lüdemann „eine ausreichende Belieferung mit Kohle und eine bessere Versorgung mit Rohstoffen“. Hierzu wiederum hält die Regierung „einen besseren

Anschluß Schleswig-Holsteins an das übrige Deutschland“ durch „weitere leistungsfähige Nord-Süd-Linien und eigene

„Das Ziel unserer Arbeit ist ein wahrhaft demokratisches Deutschland, das bis zum letzten Bürger in seinem Denken und Handeln durch den Geist der Friedfertigkeit, der Toleranz und der freien Menschlichkeit sich leiten läßt.“

Elbübergänge“ für nötig. Eine „unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung der deutschen Wirtschaft“ und die „Steigerung des

Aufbauwillens der arbeitenden Bevölkerung“ sei außerdem „die Sozialisierung der Großindustrien“.

Zur Milderung des Hungerproblems gab Lüdemann das Ziel vor, innerhalb von drei Jahren „eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion um 50 Prozent“ zu erreichen. „Dazu“, so der Sozialdemokrat



Ministerpräsident Hermann Lüdemann (SPD)

Fortsetzung auf Seite 2



weiter, „wird eine bevorzugte Versorgung mit Arbeitskräften, Baustoffen, Geräten, Arbeitskleidung sowie Düngemitteln erforderlich sein“. Er untermauerte die Forderung seiner Partei nach einer Bodenreform und stellte sich hinter das von den beiden ernannten Landtagen 1946 beschlossene Bodenreformgesetz, das noch von der Militärregierung genehmigt werden muss. Demzufolge sollen Betriebe mit mehr als 150 Hektar Land oder 200.000 Reichsmark Bodenwert staatlicher Kontrolle unterstellt werden.

Lüdemann kündigte des weite-

ren eine Bildungsreform an und sprach sich für „Schulgeldfreiheit“ sowie eine „Simultanschule“ bis zur sechsten Klasse aus, „die alle Kinder unseres Volkes zusammenführt“. Als „Sofortmaßnahmen“ sollen Elternbeiräte an allen Schulen gebildet werden, die Lehrerbildung soll verbessert werden, und es sollen ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, „um die Klassendurchschnittszahlen möglichst bald auf ein erträgliches Maß zu senken“.

Den „separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes“ erteilte Lüdemann eine deutliche Absage: „Die Landesregie-

rung erkennt die 1920 gezogene deutsche Nordgrenze als gerecht und endgültig an.“ Er versprach der dänischen Volksgruppe aber „freie kulturelle Entwicklung unter der Bedingung, daß gleiche Rechte der deutschen Volksgruppe in Dänemark eingeräumt werden“.

Als weitere wichtige Aufgabe mahnte Lüdemann die „Vollendung des demokratischen Aufbaus“ an. Hierzu gehöre auf kommunaler Ebene „die Möglichkeit der Kontrolle durch das Volk in Ausschüssen und öffentlichen Sitzungen“ sowie die Verabschiedung einer Landesverfassung durch den Landtag.



Ministerpräsident Lüdemann spricht zu den Abgeordneten

## Die Antwort der SPD:

### Gayk: „Wir wollen alleine regieren!“

Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk, hat in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung den Führungsanspruch der Sozialdemokratie gegenüber der Opposition wie gegenüber der britischen Militärregierung bekräftigt. Den von Ministerpräsident Lüdemann vorgestellten Kurs unterstützte er uneingeschränkt. Trotz des Wahlsieges der SPD sah Gayk „keinen Anlaß zu billigem Triumphgeschrei“, denn die neue Regierung stehe vor „geradezu übermenschlichen Aufgaben“.

Gayk forderte, im Einklang mit Lüdemann, mehr Befugnisse für die deutsche Selbstverwaltung und attackierte dabei die britische Militäradministration scharf: Anstatt „Bevormundungsversuche“ zu unternehmen, müßten die Briten begreifen,



Fraktionsvorsitzender Andreas Gayk (SPD)

daß „die Minister dieses vom Volke gewählten Landtags keine Befehlsempfänger der Militärregierung“ seien, sondern „ausreichende Handlungsfreiheit“ bräuchten. Er drohte, das Volk werde „den Kampf verlegen, in die Betriebe und Straßen“, wenn die Besatzungsmächte die Stimme der demokratisch gewählten Politiker ignorierten. Auch die alliierte „Politik sinnloser Demontagen“ von Industriebetrieben griff Gayk vehement an: „Es ist nicht die Aufgabe sozialdemokratischer Politik, den Sarg zuzunageln, den Hitler und Goebbels in teuflischer Bosheit für das deutsche Volk gezimmert haben.“

Einer Koalition der beiden großen Parteien, wie in den ersten bei-

den ernannten Landtagen praktiziert, erteilte Gayk eine Absage. Die Erfahrung aus Weimar lehre: Das Ergebnis einer Mehrparteienregierung sei „leider zu oft, daß jede Koalitionspartei die andere an der Arbeit hindert“.

## Die Antwort der SSV: „Votum im Norden anerkennen!“

Der Fraktionsvorsitzende der Südschleswigschen Vereinigung (SSV), Samuel Münchow, hat in einer kurzen Erklärung von der Landesregierung mehr kulturelle und politische Autonomie für die dänische Volksgruppe angemahnt.



Samuel Münchow (SSV)

Das Kabinett dürfe die Umschulung von Flensburger Schülern an dänische Schulen nicht behindern, forderte Münchow.

## Die Antwort der CDU:

### Schröter: „Baut die Landwirtschaft auf!“

Die CDU will im neuen Landtag eine „verantwortungsbewußte Opposition“ betreiben. Das kündigte der Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, Carl Schröter, in seiner Entgegnung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten an. So schloss sich die CDU-Fraktion in vielen zentralen Punkten der SPD an, etwa in der Schleswig-Frage sowie der Kritik an der britischen Verwaltung wegen der Ernährungslage und der Industrie-Demontagen. Unterschiede traten zum Beispiel in bezug auf die Schulpolitik hervor.

Bei letzterem Punkt bezog Schröter gegen die von der Landesregierung geplante Simultanschule bis zum sechsten Schuljahr Stellung. Dies sei „undemokratisch“, denn: „Die Eltern sollen bestimmen, in welchen



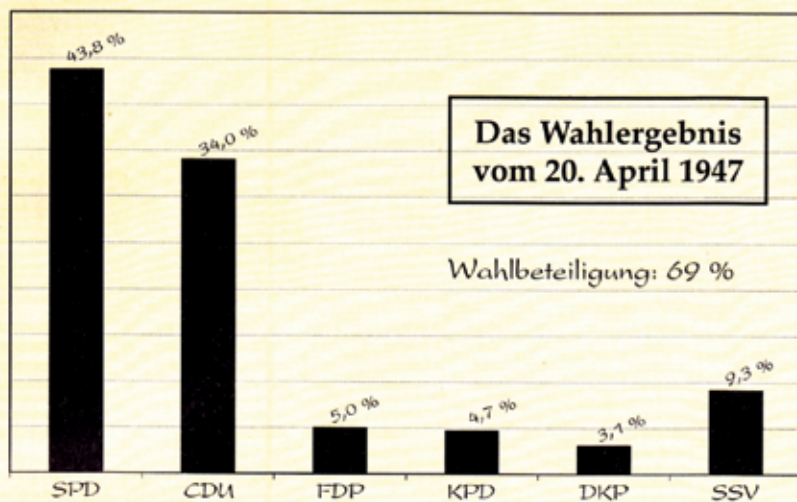
Fraktionsvorsitzender Carl Schröter (CDU)

Schulen sie ihre Kinder erziehen lassen wollen.“

Scharf ging Schröter die Agrarpolitik der Alliierten an. Der Plan, die Mast von Schweinen und Rindern einzudämmen und stattdessen vermehrt Getreide und Kartoffeln anzu-

bauen, um dadurch mehr Kohlehydrate zu erzeugen, sei falsch. Denn es gehe darum, „die Produktivität der Landwirtschaft wieder herzustellen“. Schröter rechnete vor: „Wenn es uns gelänge, jene Erträge der Jahre vor 1933 wieder zu erlangen“, dann hätte jeder Mensch in der Bizone zusätzlich 400 Kalorien täglich zur Verfügung. In der Schleswig-Frage bekundete Schröter knapp, daß die Landesregierung hier „die Opposition hinter sich finden wird“. Weitere Aussagen machte er nicht; Schröter muß sich seit einer Dänemark-kritischen Rede im Dezember 1946 alle Stellungnahmen zu diesem Thema von der Militärverwaltung im Vorwege genehmigen lassen.





Die Abkürzungen: SPD: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, CDU: Christlich Demokratische Union, FDP: Freie Demokratische Partei, KPD: Kommunistische Partei Deutschlands, DKP: Deutsche Konservative Partei, SSV: Südschleswigsche Vereinigung

## Die Abgeordneten des neuen Landtages

### SPD (43 Sitze):

Heinz Adler aus Oldenburg  
Bernhard Ahrens aus Pinneberg  
Erich Arp aus Pinneberg  
Eduard Clasen aus Flensburg  
Walter Damm aus Appen  
Bruno Diekmann aus Kiel  
Frau Frieda Döbel aus Kiel  
Paul Dölz aus Tönning  
Peter Wilhelm Esser aus Großhansdorf  
Karl Feldmann aus Neumünster-Einfeld  
Heinrich Fischer aus Itzehoe  
Alfred Franzke aus St. Michaelisdonn  
Andreas Gayk aus Kiel  
Otto Gramcko aus Büningstedt/Stormarn  
Max Grothe aus Preetz  
Prof. Dr. Wilhelm Güllich aus Kiel  
August Haut aus Lübeck  
Hubert Hundt aus Elmshorn  
Wilhelm Käber aus Lockstedter Lager/Steinburg  
Frau Dr. Luise Klinsmann aus Lübeck  
Heinz Kock aus Lübeck  
Frau Anni Krahnstöver aus Eckernförde  
Wilhelm Kuklinski aus Kronshagen  
Eugen Lechner aus Eckernförde  
Joachim von der Lieth aus Marienwohlde bei Mölln  
Frau Dr. Elly Linden aus Lübeck  
Paul Lohmann aus Neumünster  
Hermann Lüdemann aus Lübeck  
Otto Lüth aus Oldenburg  
Andreas Nielsen aus Niebüll  
Hans Oldorf aus Neumünster  
Karl Panitzki aus Oldenburg  
Otto Passarge aus Lübeck  
Kurt Pohle aus Eckernförde  
Karl Ratz aus Kiel  
Dr. Richard Schenck aus Kiel  
Hermann Schwieger aus Marne  
Wilhelm Siegel aus Schmalenbeck/Stormarn

Hans Stade aus Kiel  
Willi Steinhörster aus Itzehoe  
Gerhard Tackmann aus Malente  
Hugo Voß aus Neumünster  
Theodor Werner aus Kiel

### CDU (22 Sitze):

Thomas Andresen aus Flensburg  
Carl-Christian Arfsten aus Itzehoe  
Dr. Walter Böttcher aus Lübeck  
Frau Ilse Brandes aus Lübeck  
Hans Bundtzen aus Langstedt bei Schleswig  
Josef Cierocki aus Eutin  
Peter Dohrn aus Hemme über Lunden/Dithmarschen  
Dr. Max Emcke aus Kiel  
Detlef Frahm aus Großenrade bei Burg/Dithmarschen  
Alfred Hagelstein aus Travemünde  
Johannes Hagge aus Schleswig  
Peter Jensen aus Ausacker bei Flensburg  
Friedrich Klaus aus Flensburg  
Willi Koch aus Kiel  
Friedrich Wilhelm Lübke aus Aagaard bei Överssee  
Frau Emmy Lüthje aus Kiel  
Prof. Dr. Hermann von Mangoldt aus Kiel  
Wilhelm Mohr aus Elmshorn  
Dr. Franz Ryba aus Kiel  
Carl Schröter aus Kiel  
Theodor Steltzer aus Rendsburg  
Johannes Thole aus Heide

### SSV (4 Sitze):

Hermann Clausen aus Schleswig  
Samuel Münchow aus Flensburg  
Hermann Olson aus Flensburg  
Victor Graf von Reventlow-Criminil aus Glücksburg

## Das Wahlrecht im Lande

Bei der Landtagswahl am 20. April haben die Wähler nach einem angelsächsisch geprägten Wahlrecht abgestimmt. Laut dem Landeswahlgesetz vom 31. Januar 1947 wurden 60 Prozent der insgesamt 69 Mandate in den 42 Wahlkreisen durch einfache Mehrheitswahl direkt vergeben. Die übrigen 27 Sitze wurden durch Verhältniswahl aus den Landeslisten bestimmt. Dabei konnten nur Parteien, die mindestens ein Direktmandat gewonnen haben, am Verhältnisausgleich teilnehmen. Das traf neben der SPD (43 Sitze) und der CDU (22 Sitze) nur auf die

SSV (4 Sitze) zu. Andere kleinere Parteien hatten gegen dieses Wahlrecht protestiert. Vertreter von SPD und CDU wiesen dies im Plenum jedoch zurück: Die Mehrheitswahl sei Voraussetzung für eine „gesunde Demokratie“.

Das Wahlalter betrug 21 Jahre; NS-belastete Personen waren von der Wahl ausgeschlossen, ebenso Flüchtlinge, die nach dem 12. Mai 1946 ins Land gekommen sind. Die Legislaturperiode dauert drei Jahre. Die Abgeordneten erhalten eine Entschädigung von 200 Reichsmark pro Monat.

## Das Kabinett hat nur noch sechs Minister

Nach Auszählung der Stimmen hat Zivilgouverneur Hugh de Crespigny auf das eindeutige Votum der schleswig-holsteinischen Wähler reagiert und den bisherigen Innenminister Hermann Lüdemann (SPD) am 29. April mit der Regierungsbildung beauftragt.

Noch am selben Tag stellte Lüdemann der Besatzungsmacht seine rein sozialdemokratische Kabinettsliste vor. Damit löst eine SPD-Regierung die bisherige CDU/SPD-Koalition unter Theodor Steltzer (CDU) ab. Der 67-jährige Lüdemann, in der Weimarer Republik unter

anderem preußischer Finanzminister, übernahm neben der Regierungsspitze auch das Justiz- und das Innenressort. Daneben benannte er fünf Minister:

Minister für Wirtschaft und Verkehr: **Bruno Diekmann**; Minister für Finanzen: **Dr. Richard Schenck**; Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: **Erich Arp**; Minister für Erziehung und Volksbildung: **Wilhelm Kuklinski**; Minister für Wohlfahrt und Arbeit: **Kurt Pohle**.

Damit wurde das Kabinett gegenüber der Vorgängerregierung von neun auf sechs Mitglieder verkleinert. Hierdurch wolle er „eine erste Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung“ erreichen, so Lüdemann im Plenum. Alle Minister gehören auch als Abgeordnete dem Landtag an.

## Karl Ratz bleibt Landtagspräsident

Der Landtag hat unter Vorsitz des 67-jährigen Alterspräsidenten Johannes Thole (CDU) den Kieler SPD-Abgeordneten Karl Ratz einstimmig als Landtagspräsidenten bestätigt.

Ratz hatte dieses Amt bereits im zweiten ernannten Landtag seit September 1946 inne. Erster und zweiter Stellvertreter wurden Thomas Andresen (CDU) und Karl Panitzki (SPD). Schriftführer sind Paul Dölz (SPD) und Emmy Lüthje (CDU). Die drei Präsidenten sowie die Fraktionsvorsitzenden Andreas Gayk (SPD), Carl Schröter (CDU) und

Samuel Münchow (SSV) bilden nach Beschluss des Landtages den Ältestenrat. Nachdem alle Abgeordneten die Eidesformel gesprochen hatten, richteten sie insgesamt 14 Ausschüsse ein: für innere Verwaltung; für Volksbildung und Erziehung; für Wirtschaft; für Landwirtschaft und Ernährung; für Aufbau; für Volkswohlfahrt; für Finanzen; für das Gesundheitswesen; für Justiz; für das Flüchtlingswesen; für die Verfassung sowie den Polizei-Ausschuß, den Entnazifizierungsausschuß und einen Untersuchungsausschuß.



Landtagspräsident Karl Ratz (SPD)



## Zivilgouverneur Crespigny:

# „Gleichen Zugang zu Bildung und Gesundheit“

In seiner Ansprache zur Eröffnung des neuen Landtages hat der Zivilgouverneur für Schleswig-Holstein, Vize Luftmarschall Hugh de Crespigny, die Erwartungen der Besatzungsmacht an die deutsche Politik formuliert.

Die dringendste Aufgabe seien die



Zivilgouverneur  
Hugh de Crespigny

Wohnraumbeschaffung, die Verteilung von Nahrungsmitteln und Brennstoffen und die Ge-

sundheitsvorsorge. Bei der Entnazifizierung forderte Crespigny Milde für die Jugend, denn „es wäre falsch, denen den Rückweg zu versperren, die in frühesten Jahren nach den Grundsät-

„Ich hoffe, es wird Ihnen vergönnt sein, bessere Tage in diesem kleinen Land Schleswig-Holstein anbrechen zu sehen!“

zen einer verseuchten Philosophie erzogen worden sind“.

Als Maxime einer künftigen Politik forderte er gesellschaftliche Gleichheit. So müssten „alle Knaben und Mädchen gleichberechtigt sein in der Erlangung der Vorteile der Schulbildung“. Auch das Gesundheitswesen müsse allen zugänglich sein: „Das Wissen und Können unse-

rer Ärzte müsste denen zur Verfügung stehen, deren Not am größten ist, ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen.“

Nach seiner auf englisch gehaltenen Rede verließ der Gouverneur mit seiner Begleitung die Sitzung.

## Ernährungsminister Arp:

# „Die Briten haben Schuld an der Krise“

Landwirtschafts- und Ernährungsminister Erich Arp (SPD) hat den Alliierten eine „Todespolitik“ zu Lasten der deutschen Bevölkerung vorgeworfen. Einfuhr wie Produktion von Nahrungsmitteln müssten drastisch gesteigert werden, so der Minister in einer Regierungserklärung.

Die „Abtrennung der Überschussprovinzen des Ostens“ habe den

Deutschen die Möglichkeit zur Selbsthilfe genommen. Zudem seien „teilweise in feierlichster Form“ abgegebene Zusagen der Alliierten auf Einfuhren nicht eingehalten worden. Nach Arps Angaben können eine halbe Million



Minister  
Erich Arp (SPD)

Menschen, die in Schleswig-Holsteins großen Städten leben, nur auf 735 Kalorien pro Tag zurückgreifen. Die Hungerkatastrophe sei im Lande „schlimmer als in irgend einer anderen deutschen Landschaft, weil unsere 1,2 Millionen einge-

wiesenen Flüchtlinge durchweg keine Ergänzungsmöglichkeiten und keinerlei eigene Reserven haben“, betonte der Minister.

Arp nahm den Großteil der Bauern gegen den Vorwurf in Schutz, „durch Untätigkeit, Gleichgültigkeit, Böswilligkeit und Eignutz“ die Krise verschärft zu haben, denn die Verantwortung für das Elend liege „eindeutig“ bei den Besatzern.

Minister Arp gab die neuen Lebensmittelrationen für die 28-tägige Zuteilungsperiode bekannt. Ein Erwachsener ab dem 20. Lebensjahr hat demnach Anspruch auf:

5.500 g Brot, 600 g Nahrungsmittel, 400 g Fleisch, 555 g Fisch, 137 g Fett, 2.000 g Frischmilch, 500 g Zucker.

## Lidice-Streit zwischen SPD und CDU geht weiter

Der Konflikt zwischen SPD und CDU um Entschädigungen für NS-Opfer aus dem tschechoslowakischen Lidice dauert an. Im Landtag verteidigte SPD-Fraktionschef Andreas Gayk den Plan der Landesregierung, ein Kinderheim nach dem Dorf bei Prag zu benennen und „einen angemessenen Geldbetrag“ für die Kinder des Ortes bereitzustellen als „schöne Geste edler Menschlichkeit“. Oppositionsführer Carl Schröter (CDU) begründete hingegen seine Ablehnung mit der Vertreibung von „dreieinhalb Millionen Deutschen“ aus dem Sudetenland. Dies lasse „genau dieselben Tendenzen wie beim Nationalsozialismus“ erkennen. Am 9. Juni 1942 war das Dorf von deutschen Verbänden als Vergeltung für das Attentat auf SS-Führer Reinhard Heydrich niedergebrannt worden. 339 der 483 Bewohner wurden ermordet. Ende April wurden sechs Wehrmachtsangehörige in Prag wegen Mitwirkung an dem Massaker hingerichtet.

## Resolution für Kriegsgefangene

Auf Initiative von Landtagspräsident Karl Ratz hat das Parlament einstimmig eine Resolution verabschiedet, die die „umgehende Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen“ fordert. Die Abgeordneten beziehen sich dabei auf die Haager Landkriegsordnung von 1899, demnach „die Freilassung und Heimschaffung aller Kriegsgefangenen nach Beendigung der Feindseligkeiten in kürzester Frist zu erfolgen hat“. „Mit Bedauern“ sei aber festzustellen, daß dies auch zwei Jahre nach Kriegsende noch nicht geschehen sei, heißt es in der Resolution weiter. Laut den Zahlen, die auf der Moskauer Außenministerkonferenz Mitte März veröffentlicht wurden, befinden sich derzeit noch rund zwei Millionen Deutsche in alliierter Kriegsgefangenschaft, darunter 890.000 in sowjetischer, 631.000 in französischer, 435.000 in britischer und 31.000 in amerikanischer.

## +++ PRESSE-ECHO +++

Die konstituierende Sitzung des Landtages hat in der örtlichen wie in der überregionalen Presse ein breites Echo gefunden. Die Darstellung in den Tageszeitungen, die zur Zeit eine Genehmigung der Besatzungsmacht benötigen und wegen Papierknappheit nur zweimal wöchentlich in geringer Auflage erscheinen, ist dabei stark parteipolitisch gefärbt. So hebt die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, die sich als „Stimme der Schaffenden in Stadt und Land“ versteht, die „mit Elan gehaltene Rede des Führers der sozialdemokratischen Fraktion, Andreas Gayk“ hervor. Die „Ausführungen des Fraktionsführers der CDU, Schröter“ erfahren hingegen weitaus weniger Wertschätzung. Demgegenüber steht für die bürgerlichen „Kieler Nachrichten“ die Rede des CDU-Oppositionsführers Carl Schröter neben der Regierungserklärung von Ministerpräsident Lüdemann „im Mittelpunkt“ der Sitzung. Den SPD-Fraktionschef Gayk, immerhin zugleich Kieler Oberbürgermeister, erwähnen die „KN“ hingegen gar nicht.

Das Hannoveraner Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ betrachtet den Ausgang der Landtagswahl: Die SPD sei über ihre absolute Mehrheit „selbst erstaunt“ gewesen, die CDU über ihr Ergebnis hingegen „ziemlich fassungslos“, schreibt das Blatt.

## +++ PRESSE-ECHO +++

## Appell zur Ernährung

Einstimmig hat der Landtag eine von der CDU vorgelegte Entschließung zur Verbesserung der Ernährungslage beschlossen. Darin wird die britische Militärregierung aufgefordert, „die Ernährung der Bevölkerung in einer von der ärztlichen Wissenschaft international anerkannten Höhe und Zusammensetzung“ sicherzustellen. Außerdem soll zugesichert werden, „daß die Bevölkerung im nächsten Winter Hausbrand erhält“ und daß „die Demontage eingestellt wird“. Dies sei Voraussetzung für die friedliche, demokratische Entwicklung Deutschlands.



# Klaus Schlie bleibt Landtagspräsident: „Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wahren“

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit hat der alte und neue Landtagspräsident Klaus Schlie die Abgeordneten aufgerufen, auch in politisch unruhigen Zeiten die demokratischen Grundsätze zu verteidigen. „Das Schüren von Hass, Angst oder Intoleranz“ sei keine Grundlage für parlamentarische Entscheidungen, sagte Schlie im Anschluss an seine Wiederwahl: „Populismus ist immer ein schlechter Ratgeber.“

In der konstituierenden Sitzung hatten zuvor 55 von 73 Abgeordneten (gut 75 Prozent) dem CDU-Politiker in geheimer Wahl ihr Vertrauen geschenkt. Das waren sechs Prozent weniger als bei seiner ersten Wahl vor fünf Jahren. Elf Abgeordnete stimmten gegen den ehemaligen Innenminister und einstigen Realschullehrer aus Mölln, sieben enthielten sich. Nach seiner Wahl wurde Schlie von Alterspräsident Wolfgang Kubicki verpflichtet.

In seiner Antrittsrede nahm der Landtagspräsident die aktuelle Diskussion über die Sicherheitslage und die Terrorgefahr in den Blick und mahnte, die Gesellschaft müsse sich „gegen Angriffe auf unsere Normen und Werte wehren“. Die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gelte es dabei zu wahren. Angesichts der jüngsten Terroranschläge betonte Schlie, ein übertriebenes Bedürfnis nach Sicherheit dürfe nicht dazu führen, „dass wir unser wichtigstes demokratisches Gut, nämlich die persönliche Freiheit und

die mit ihr verbundenen, verfassungsmäßig garantierten Freiheitsrechte übermäßig einschränken oder gar aufgeben“.

## „Schleswig-Holstein war immer weltoffen“

Schlie erinnerte daran, dass Schleswig-Holstein schon mehrfach eine „neue Heimat für Flüchtlinge“ geworden sei. Aufgeschlossenheit und Weltoffenheit der Menschen im Lande hätten stets dazu beigetragen, „dass aus anfänglich Fremden heimatverbundene Schleswig-Holsteiner wurden“.

Wichtigste Aufgabe der Parlamentarier werde es sein, den Bürgern zu zeigen, „dass wir Politik nicht an ihnen vorbei gestalten“, sagte der Landtagspräsident. Er warb für sachliche und engagierte Debatten. Abgeordnete sollten offen für die Positionen der anderen sein und stets den Blick für das Land behalten.

## Stichwort

### Landtagspräsident

Der Landtagspräsident leitet die Plenarsitzungen, steht der Landtagsverwaltung vor und vertritt das Parlament in der Öffentlichkeit.

In den Plenarsitzungen erteilt er das Wort, nimmt Abstimmungen vor und kann bei Verstößen gegen die Geschäftsordnung Sanktionen erteilen – zum Beispiel Ordnungsrufe. Die Sitzungsleitung nimmt der Präsident unabhängig von seiner eigenen Parteizugehörigkeit wahr. Zudem übt er das Hausrecht im Landeshaus aus. Er ist Dienstherr der rund 120 Mitarbeiter der Landtagsverwaltung und für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtages verantwortlich. So macht er dem Finanzminister Vorgaben zur Aufstellung des Landtagshaushalts.

In der Öffentlichkeit vertritt der Landtagspräsident das Parlament in seiner Gesamtheit, beispielsweise bei Verbandstagungen, Kongressen oder Feierstunden. Zudem ist er auf Bundes- und Europa-Ebene aktiv, etwa in der Landtagspräsidentenkonferenz oder der Ostseeparlamentarierkonferenz.

Der Landtagspräsident wird von den Abgeordneten aus ihrer Mitte für die Dauer der Wahlperiode mit einfacher Mehrheit gewählt. Nach parlamentarischem Brauch stellt die stärkste Fraktion den Präsidenten. Die Wahl des Landtagspräsidenten erfolgt in der Regel in parteiübergreifender Geschlossenheit.



Geheime Wahl  
des Landtags-  
präsidenten:  
Klaus Schlie  
bei der Stimm-  
abgabe

## Zur Person:

**Klaus Schlie**, geboren am 14. Mai 1954 in Mölln, evangelisch, verheiratet, drei Kinder. Wohnhaft in Mölln. Realschullehrer, Staatssekretär a.D., Innenminister a.D., Landtagspräsident.

1971 Eintritt in die Junge Union, 1972 in die CDU, von 1978 bis 2005 Mitglied des Kreistages Herzogtum Lauenburg, Mitglied des Landtages von 1996 bis 2005 sowie seit 2009, unter anderem stellvertretender CDU-Fraktionschef. Seit 1999 CDU-Vorsitzender im Kreis Herzogtum Lauenburg. Von 2005 bis 2009 Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung, von 2009 bis 2012 Innenminister. 2012 wurde er erstmals zum Landtagspräsidenten gewählt.

# „Hardliner“ mit pädagogischem Geschick

## Landtagspräsident Klaus Schlie im Interview

Klaus Schlie geht in seine zweite Amtszeit als Parlamentspräsident. Mit der Online-Redaktion des Landtages hat der ehemalige Lehrer und Innenminister über seinen politischen Überzeugungen und seine Pläne für die kommenden Jahre gesprochen.

### Herr Schlie, wer waren Ihre politischen Vorbilder?

Innerhalb der CDU waren es Persönlichkeiten wie Konrad Adenauer und Gerhard Stoltenberg. Und ich habe über viele Jahre hinweg auch Franz Josef Strauß durchaus als Vorbild gesehen. Heute beurteile ich ihn allerdings anders und differenzierter als damals.

### Wie politisch war Ihr Elternhaus?

Sehr. Meine Großeltern mütterlicherseits lebten bei uns. Flucht und Vertreibung waren ein Thema, weil sie aus Ostpreußen kamen. Auch die Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts und Egon Bahrs hat zuhause zu großen politischen Diskussionen geführt – sie wurde für falsch gehalten. Mein Vater ist geborener Möllner gewesen, stammte aus einer Handwerkerfamilie, sozusagen geborener Mittelständler. Er war Bäcker- und Konditormeister. Auch das war familiäre Prägung, es wurde nicht über Sozialdemokratie gesprochen. Bei uns waren Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, in der Phase als ich zum ersten Mal Politik begriff, die prägenden Persönlichkeiten für meine Eltern und Großeltern.

### Der Ruf des „Hardliners“ und des „Rechtskonservativen“ haftet Ihnen seit Beginn Ihrer Politikkarriere an. War das für Sie ein Kompliment oder hat sie das gewurmt?

Das war für mich ein Kompliment. Das war nichts, was mich negativ getroffen hat.



Landtagspräsident Schlie im Gespräch mit Volontärin Yvonne Windel und Redakteur Detlef Ziep

### Ist es Ihnen als Präsident schwer gefallen, den „Hardliner“ abzulegen?

Ich musste mich schon umstellen, von jemandem, der täglich fünf bis sechs Entscheidungen trifft, und der jetzt in einer Funktion ist, die sehr auf moderate, erklärende und das Parlament repräsentierende Aufgaben ausgerichtet ist.

### Sind Sie ein Machtmensch?

Wer in die Politik geht, der strebt auch danach, Einfluss zu bekommen. Dies könnte mit Macht umschrieben werden. Macht bedeutet aber auch, die Dinge politisch anzuwenden und durchzusetzen, von denen man meint, dass sie richtig sind. Insofern bin ich jemand, der nach Macht strebt.

### Ein Lehrer war es, der sie einst für Politik begeisterte. Sie selbst waren 18 Jahre lang Realschullehrer. Lehrer bilden die häufigste Berufsgruppe im Landtag.

### Ist ein Pädagoge ein besserer Politiker?

Er ist kein besserer Politiker, aber er bringt viele Dinge mit, die man in der Politik braucht. Ich bin an der Pädagogischen Hochschule ausgebildet worden, habe ein Grundstudium in Pädagogik, Psychologie und Soziologie gehabt. Es schadet mir heute als Landtagspräsident nicht, das eine oder andere pädagogische oder psychologische Element zu kennen und anzuwenden.

### Sie sind jetzt 63 Jahre alt, die Legislaturperiode dauert fünf Jahre. Was macht Klaus Schlie im Jahr 2022?

Es gibt ehrenamtliche Tätigkeiten und Hobbys, die mich neben meinem Präsidentenamt begeistern, und um die ich mich dann noch intensiver kümmern kann, wenn die

Politik nicht mehr mein Leben bestimmt. Es war schon eine Überlegung, ob ich mit 63 noch eine Legislaturperiode weitermache. Ich glaube aber, mit 68 Jahren ist es dann genug.

### Welche Akzente wollen Sie bis dahin in Ihrer zweiten Amtszeit als Landtagspräsident setzen?

Mir geht es insbesondere darum, dass wir unsere parlamentarische Arbeit stärker in die Regionen des Landes tragen. Ich denke, wir müssen – auch aufgrund der medialen Landschaft – wesentlich intensiver an die Menschen herantreten, mit unterschiedlichen Formaten von Veranstaltungen. Ich habe manchmal den Eindruck je näher man an Hamburg kommt, desto mehr geht es im Bewusstsein der Bevölkerung verloren, dass es hier in Kiel ein eigenes Parlament und eine Landesregierung gibt.

### Gibt es weitere Schwerpunkte?

Ein weiterer Schwerpunkt ist die politische Bildungsarbeit. Die muss gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für politische Bildung vorangebracht werden, gerade mit Blick auf die junge Generation. Und ich will mich als dritten Schwerpunkt weiter sehr intensiv um das Ehrenamt im Land kümmern. Vieles in unserer Gesellschaft würde nicht funktionieren, wenn wir die ehrenamtliche Arbeit nicht hätten. Sie ist ungeheuer wertvoll für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Interview:  
Yvonne Windel, Detlef Ziep

Das vollständige Interview lesen Sie auf  
[www.sh-landtag.de/interview-lp.html](http://www.sh-landtag.de/interview-lp.html)



# Alterspräsident Kubicki fordert respektvolle Streitkultur

Zu Beginn der ersten Sitzung nach der Wahl hat Alterspräsident Wolfgang Kubicki die Abgeordneten an parlamentarische Grundsätze erinnert. Der Landtag sei ein Ort des Austausches und der Debatte, wo „mit sachlichen Argumenten um die besten Lösungen für die Menschen in Schleswig-Holstein“ gerungen werde. Nötigenfalls dürften „deutliche Worte“ fallen, aber stets getragen von Toleranz und Respekt gegenüber Andersdenkenden. Den eigenen Standpunkt zu überdenken sei „kein Makel, sondern auch Ausdruck von Weisheit“. In der Debatte verböten sich „persönliche Verunglimpfung“ und „jede Form der Diskriminierung“ wie Fremdenfeindlichkeit und Rassenhass, mahnte Kubicki.

Mit Blick auf die vergangene Wahlperiode und die Flüchtlingskrise stellte der FDP-



Alterspräsident Wolfgang Kubicki:  
„Wir haben eine Vorbildfunktion für gesellschaftliche Debatten.“

Fraktionschef heraus: „Kein anderes Bundesland ist mit dem Problem so gut fertig geworden wie Schleswig-Holstein“. Das sei auch ein Verdienst der SPD/Grünen/SSW-Regierung unter Torsten Albig, „die hier Großes geleistet hat“.

Für seine Ausführungen erhielt der Alterspräsident parteiübergreifendem Beifall. Zum

Abschluss seiner rund 40-minütigen Amtszeit leitete Kubicki die Wahl des Landtagspräsidenten und nahm dessen Verpflichtung vor.

## Das „Dienstalter“ zählt

Die konstituierende Sitzung wird traditionell vom Alterspräsidenten eröffnet. Anders als in allen anderen Landesparlamenten gilt in Schleswig-Holstein nicht der älteste Abgeordnete als Alterspräsident, sondern der dienstälteste. Sollten mehrere Abgeordnete die gleiche „Dienstzeit“ aufweisen, entscheidet das Lebensalter. FDP-Fraktionschef Kubicki gehört dem Landtag seit 1992 an, ebenso wie Peter Lehnert (CDU). Kubicki ist mit 65 Jahren aber elf Jahre älter als Lehnert. Diese Regelung hat der Landtag 1992 beschlossen, um zu verhindern, dass ein Mitglied der rechtsextremen DVU den Posten übernimmt. Der Bundestag hat dieses Verfahren im Juni übernommen.

## Neue Schriftführer

Die beiden Parlamentsneulinge Lukas Kilian (CDU) und Kathrin Wagner-Bockey (SPD) unterstützen in der neuen Wahlperiode das Präsidium als Schriftführer. Ihre Vertreter sind Tobias von Pein (SPD) und Peer Knöfler (CDU).

Gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten oder einem seiner Stellvertreter bilden die zwei Schriftführer das Sitzungspräsidium. Sie führen die Rednerliste, achten auf die Einhaltung der Redezeit, vermerken Wortmeldungen, nehmen bei Abstimmungen die Auszählung vor und rufen bei namentlichen Abstimmungen die Abgeordneten auf.



## Landtag wählt drei Vizepräsidenten

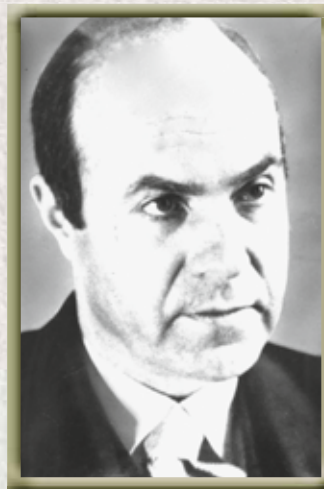
Drei Stellvertreter unterstützen Landtagspräsident Klaus Schlie (2. v. re.) in dieser Wahlperiode. In der vergangenen Wahlperiode waren es noch zwei. Der Landtag wählte Anfang Juni (v. li.) Rasmus Andresen (Grüne), Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) und Oliver Kumbartzky (FDP) ins Amt des Vizepräsidenten. Die Wahl erfolgte jeweils mit großer Mehrheit. Lediglich die AfD enthielt sich. Ihr Fraktionschef Jörg Nobis protestierte in der konstituierenden Sitzung dagegen, dass „der Posten eines dritten Vizepräsidenten aus dem Nichts heraus geschaffen wird“.

Die Vizepräsidenten vertreten das Parlamentsoberhaupt bei öffentlichen Auftritten, etwa bei Terminüberschneidungen. In den Plenarsitzungen amtieren der Präsident und seine Stellvertreter im turnusmäßigen Wechsel als Sitzungsleiter.



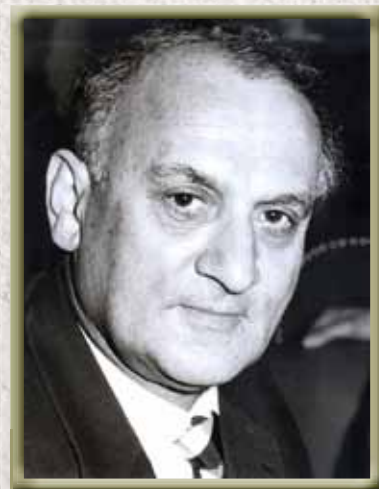
# Von Husfeldt bis Schlie: die Präsidenten des Landtages

13 Parlamentsoberhäupter gab es  
seit 1946 in Schleswig-Holstein.



**Paul Husfeldt**, 1909 bis 1972,  
*Landtagspräsident von April bis  
September 1946*

Der Pastor aus Kiel leitete den ersten, von den Briten ernannten Landtag. Er war zunächst parteiloser Abgeordneter, trat dann der CDU bei, die er allerdings schon im Februar 1947 im Streit wieder verließ. Er sorgte dafür, dass auch Zuschauer zu den Landtags-sitzungen zugelassen wurden. In der Anfangszeit tagte das Parlament an wechselnden Orten, meist in Kiel.

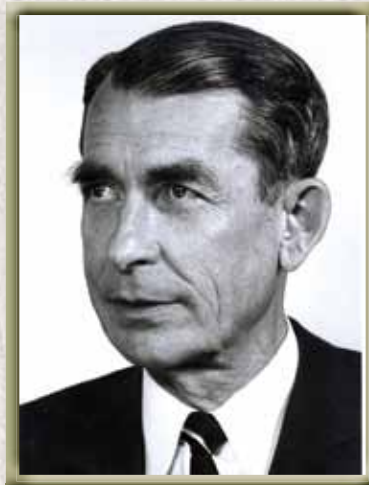
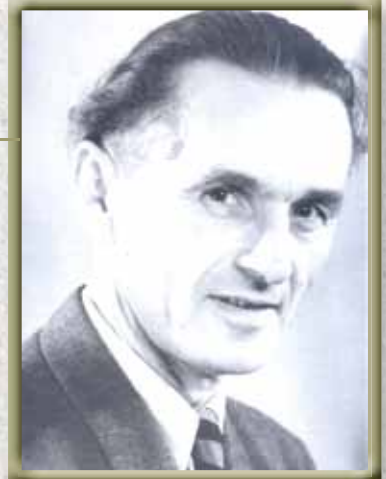


**Walther Böttcher**, 1901 bis 1983,  
*Landtagspräsident von 1954 bis 1959*

Wie 1950, so gab es auch 1954 eine Kampf-abstimmung um den Präsidentenposten. CDU-Mann Böttcher setzte sich gegen seinen Vorgänger Ratz durch. Der Lübecker Rechtsanwalt trat nach Bestechungsvorwürfen zurück. So soll er bei der Vergabe einer Spiel-banklizenz „gekungelt“ haben. Der Landtag setzte einen Untersuchungsausschuss ein.

**Karl Ratz**, 1897 bis 1961,  
*Landtagspräsident von 1946 bis 1954*

Der SPD-Mann aus Kiel wurde von den Nazis in den KZ Neuengamme und Sachsenhausen eingesperrt. Nach dem Krieg arbeitete der gelernte Schriftsetzer als Verlagsleiter der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“. Er eröffnete im Mai 1950 die erste Sitzung im Landeshaus an der Kieler Förde, wo das Parlament eine feste Bleibe fand.



**Claus-Joachim von Heydebreck**, 1906 bis 1985,  
*Landtagspräsident von 1959 bis 1964*

Der Rechtsanwalt aus Glückstadt, der für die CDU auch in der Steinburger Kommunalpolitik aktiv war, leitete als Präsident den Untersuchungsausschuss gegen seinen Amtsvorgänger Böttcher. Nach seiner Zeit als Parlamentsoberhaupt war der gebürtige Potsdamer Kultus- und Justizminister.



**Paul Rohloff**, 1912 bis 2000, *Landtagspräsident von 1964 bis 1971*

Zunächst saß der Rechtsanwalt aus Schwarzenbek für die FDP im Landtag. Er kam dann 1953 über die Splittergruppe „Deutsche Sammlung“ zur CDU und wurde deren stellvertretender Fraktionsvorsitzender und schließlich Landtagspräsident. Der gebürtige Hamburger machte 1971 – nicht ganz freiwillig – dem langjäh-rigen Ministerpräsidenten Helmut Lemke Platz.



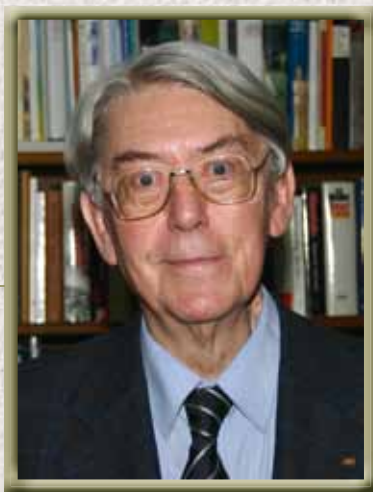
**Helmut Lemke**, 1907 bis 1990,  
*Landtagspräsident von 1971 bis  
1983*

Der Rechtsanwalt aus Kiel war NSDAP-Mitglied und in der Nazi-Zeit Bürgermeister von Eckernförde und später von Schleswig. Nach dem Krieg trat er der CDU bei und stieg zum Kultus- und Innenminister sowie 1963 zum Ministerpräsidenten auf. Danach war er zwölf Jahre Landtagspräsident – die bisher längste Amtszeit.



**Rudolf Titzck**, 1925 bis 2005,  
Landtagspräsident  
von 1983 bis 1987

Nach dem Abitur in Flensburg studierte der gebürtige Nordfrieser Jura in Freiburg und Kiel. Titzck war unter anderem Kämmerer der Landeshauptstadt, Chef der Staatskanzlei und Innen- sowie Finanzminister, bevor er 1983 das Amt des Landtagspräsidenten antrat.



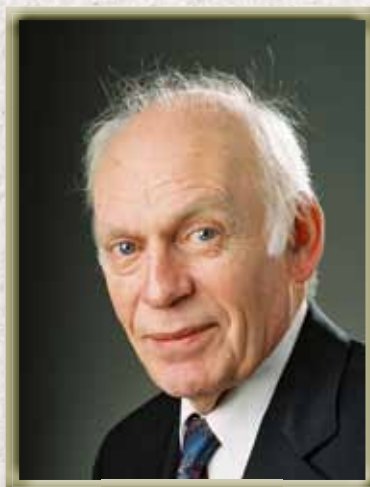
**Lianne Paulina-Mürl**,  
1944 bis 1992, Landtagspräsidentin  
von 1987 bis 1992

Sie war die erste Frau auf dem Chefposten, der nach 33 Jahren wieder von der SPD besetzt wurde. Die gebürtige Westpreußerin studierte in Kiel Rechts- und Staatswissenschaften. Als Präsidentin begleitete sie die Reform der Landesverfassung im Jahr 1990 und schaffte die Bannmeile um das Landeshaus ab. Sie starb mit nur 47 Jahren an Krebs.



**Ute Erdsiek-Rave**, geboren 1947,  
Landtagspräsidentin von 1992 bis  
1996

Für die in Heide geborene Lehrerin war das Amt der Landtagspräsidentin Zwischenstation einer erfolgreichen Karriere. Sie wurde anschließend Fraktionsvorsitzende der SPD sowie 1998 Bildungsministerin unter Ministerpräsidentin Heide Simonis. Diesen Posten behielt sie auch unter CDU-Regierungschef Peter Harry Carstensen bis 2009.

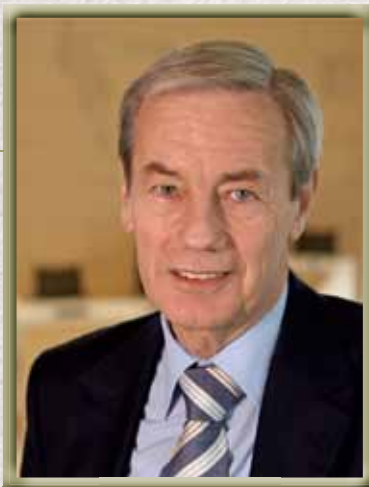


**Heinz-Werner Arens**,  
1939 bis 2011, Landtagspräsident  
von 1996 bis 2005

Der langjährige Direktor der Sonderschule in Heide war unter anderem Parlamentarischer Geschäftsführer seiner SPD-Fraktion und Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur „Schubladenaffäre“. Als Präsident vertiefte der knorrige Dithmarscher die Kontakte des Landtages in den Ostseeraum und organisierte den „Föderalismuskonvent“ der Landesparlamente 2003 in Lübeck, der den Anstoß zur Föderalismusreform gab.

**Martin Kayenburg**, geboren 1940,  
Landtagspräsident von 2005 bis 2009

Der aus Bochum stammende Diplom-Kaufmann war Prokurist und Personalchef eines großen Zementwerkes in Itzehoe. Im Landtag war er CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer, bevor er 2005 das Präsidentenamt antrat. Kayenburg vertrat in der Föderalismuskommission von Bund und Ländern die Interessen der deutschen Landesparlamente.



**Torsten Geerds**, geboren 1963,  
Landtagspräsident von 2009 bis 2012

Der Industriekaufmann aus Neumünster machte sich im Landtag einen Namen als Sozialpolitiker, bevor er 2008 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion und 2009 zum Präsidenten gewählt wurde. 2012 scheiterte seine Wiederwahl ins Parlament. Geerds war dann Vorstandssprecher des Deutschen Roten Kreuzes in Schleswig-Holstein und ist heute Staatssekretär im Innenministerium.



**Klaus Schlie**,  
geboren 1954,  
Landtagspräsident  
seit 2012

Die Innenpolitik war das zentrale Betätigungsfeld des Realschullehrers aus Mölln – sowohl als Fachsprecher seiner CDU-Fraktion als auch als Staatssekretär für Entbürokratisierung (ab 2005) und als Innenminister (ab 2009). Als Landtagspräsident stieß Schlie eine Verfassungsreform an und leitete den dazugehörigen Sonderausschuss des Parlaments.





Nach seiner Wiederwahl hat Landtagspräsident Klaus Schlie die 73 neu gewählten Volksvertreter in ihrem Mandat offiziell bestätigt. Die Abgeordneten sprachen dem Präsidenten die Eidesformel gemeinsam nach und wurden anschließend einzeln von Schlie per Handschlag verpflichtet. Die Ableistung eines Abgeordneten-Eides ist eine schleswig-holsteinische Besonderheit. Beim Bundestag und den meisten anderen Landesparlamenten ist ein Eid nicht vorgesehen.

Die Eidesformel lautet: „Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“ Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.



Abgeordnete sprechen den Eid



Gottesdienst zum Auftakt

Am Morgen vor der konstituierenden Sitzung sind rund 30 Abgeordnete zum traditionellen ökumenischen Gottesdienst in der Kieler Pauluskirche zusammengekommen. Die Feier stand unter dem biblischen Leitgedanken „Seid stets bereit, jedem Rede und Antwort zu stehen, der nach der Hoffnung fragt, die euch erfüllt“ (1, Petrus 3, 15). Bischof Gothart Magaard von der evangelischen Nordkirche wünschte den Abgeordneten, die Balance zwischen Idealismus und Pragmatismus zu halten. Stefan Heße, katholischer Erzbischof von Hamburg, erklärte, Rede und Antwort zu stehen gehöre zum Job eines Politikers. Die Kollekte ging an den „Speisesaal Sankt Heinrich“ in Kiel, wo Bedürftige täglich für einen Euro eine warme Mahlzeit erhalten.

Mit Beginn der Wahlperiode hat sich die Sitzordnung im Plenarsaal geändert. Vom Präsidium aus gesehen auf der linken Seite nimmt wie bisher die SPD-Fraktion Platz, dann folgen Grüne und SSW. Die FDP rückt an die Seite von Grünen und SSW. Gegenüber dem Rednerpult und dem Präsidiumstisch sitzt die CDU. Dann folgt die AfD auf den bisherigen Plätzen der Liberalen. Rechts vom Pult befinden sich wie bisher die Stühle der Landesregierung: Ministerpräsident, Minister und Staatssekretäre.

Neu ist auch: Die Fraktionen sind teilweise durch Durchgänge voneinander getrennt und damit von der Tribüne aus besser zu unterscheiden. Die SPD hat einen Block für sich, Grüne, SSW und FDP sitzen zusammen. Die CDU hat wiederum einen eigenen Bereich, genauso wie die AfD.



Landtag hat neue Sitzordnung



# Rechte, Pflichten und Aufgaben



## Glossar:

### Die Stellung von Abgeordneten und Parlament

**Abgeordnete:** Sie sind die Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Das besagen sowohl das Grundgesetz als auch die Landesverfassung. Zu ihren Aufgaben gehören die Gesetzgebung, die Entscheidung über den Landeshaushalt sowie die Wahl des Regierungschefs und die Kontrolle der Regierungsarbeit. Sie können Gesetzentwürfe vorlegen sowie Anträge und Fragen an die Regierung richten. Um die Arbeit effektiv aufzuteilen, schließen sich Abgeordnete einer Partei zu Fraktionen zusammen, die dann in der Regel ihre Position geschlossen nach außen vertreten, zum Beispiel durch ein einheitliches Abstimmungsverhalten.

**Diskontinuität:** Für den Landtag gilt das Diskontinuitätsprinzip: Alle Abgeordneten des „alten“ Landtages verlieren mit der Konstituierung des neu gewählten Parlaments ihr Mandat (personelle Diskontinuität). Alle Organe des Landtages, etwa die Ausschüsse und die Fraktionen, müssen neu gebildet werden (organisatorische Diskontinuität). Und: Alle Gesetzesvorlagen und Anträge, die vom alten Landtag noch nicht beschlossen wurden, werden gegenstandslos. Sie müssten neu eingebracht werden (sachliche Diskontinuität).

**Geschäftsordnung:** Zu Beginn einer Wahlperiode gibt sich der Landtag eine Geschäftsordnung. Sie soll für faire und transparente Abläufe sorgen. Sie regelt unter anderem den Ablauf der Plenarsitzungen, die Rolle der Ausschüsse und die Informationsrechte der Abgeordneten gegenüber der Landesregierung. Auch das Petitionswesen, die Behandlung von Volksinitiativen und das parlamentarische Ordnungsrecht sind hier verankert.

Die Fassung, die das Parlament in seiner ersten Sitzung beschlossen hat, entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung. Neu ist: Die Pflicht zur Geheimhaltung von vertraulichen Informationen, die Abgeordnete in nicht öffentlichen Ausschusssitzungen erfahren, wird deutlicher gefasst. Ausschüsse können mit Zwei-Drittel-Mehrheit die Zahl der Sachverständigen, die zu einer Anhörung geladen werden, begrenzen. Außerdem wird unterstrichen, dass Anträge und Gesetzentwürfe nur einmal im Plenum mit einer Aussprache behandelt werden sollen – also entweder in der Ersten oder in der Zweiten Lesung. Und: Die Bildung von „Parallelfraktionen“ wird erschwert. Das bedeutet: Eine Fraktion kann sich künftig nicht einfach in zwei Teile aufspalten, um beispielsweise mehr Geldmittel oder mehr Redezeiten zu erhalten. Auch der Missbrauch anderer „Zwei-Fraktionen-Rechte“ soll verhindert werden. Dies sind zum Beispiel das Stellen eines Misstrauensantrags oder der Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Sitzung. Künftig kann eine „Parallelfraktion“ nur mit Zustimmung der Landtagsmehrheit gebildet werden. Eine Fraktionsspaltung soll nur möglich sein, wenn sie auf „offenkundigen, tiefgreifenden und umfassenden politischen Dissens beruht“.

**Immunität:** Die Landesverfassung (Art. 31) garantiert dem einzelnen Abgeordneten einen weitreichenden Schutz vor strafrechtlicher Verfolgung und sichert somit die Unabhängigkeit des Mandats. Ein Abgeordneter kann wegen einer mutmaßlichen Straftat nur zur Verantwortung gezogen oder

verhaftet werden, wenn der Landtag seine Zustimmung gibt und die Immunität des Parlamentariers aufhebt. Ausnahme: Er wird bei der Ausübung der Tat oder im Laufe des folgenden Tages festgenommen.

Auch bei jeder anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit oder zur Einleitung eines Verfahrens gegen einen Abgeordneten muss der Landtag zustimmen. Strafverfahren sind auf Verlangen des Parlaments auszusetzen.

Zu Beginn der Wahlperiode fällt der Landtag einen Grundsatzbeschluss, wie mit eventuellen staatsanwaltlichen Ermittlungen, Gerichtsverfahren oder Freiheitsstrafen gegen Abgeordnete umzugehen ist. So werden zum Beispiel Verfahren wegen Straftaten wie auch Hausdurchsuchungen oder Beschlagnahmen unter strengen Auflagen genehmigt. Die Verfolgungsbehörden müssen den Landtagspräsidenten im Vorwege informieren. Der Innen- und Rechtsausschuss trifft dann eine Vorentscheidung über die Aufhebung der Immunität, die nach sieben Tagen in Kraft tritt, wenn nicht in dieser Zeit Widerspruch erhoben wird.

**Indemnität:** Sie sichert den Abgeordneten das Recht auf freie Rede im Landtag. Zu keiner Zeit kann ein Abgeordneter wegen seines Abstimmungsverhaltens oder wegen einer Äußerung im Plenum und im Ausschuss gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder außerhalb des Landtages zur Verantwortung gezogen werden. Im Falle einer verleumderischen Beleidigung und bei Äußerungen außerhalb der parlamentarischen Arbeit gilt die Indemnität allerdings nicht. Im Gegensatz zur Immunität kann die Indemnität nicht vom Landtag aufgehoben werden.



# „Hilfsorgane des Parlaments“ wurden neu besetzt

Sie werden in der Öffentlichkeit häufig weniger wahrgenommen als das Plenum, und dennoch sind sie ein wesentlicher Bestandteil der Parlamentsarbeit: die Ausschüsse. In diesen „Hilfsorganen des Parlaments“ werden die Themen, die in einer Plenardebatte innerhalb von 30 oder 60 Minuten abgehandelt werden, mitunter in stundenlanger Kleinarbeit von den Fachpolitikern durchdiskutiert. Die Ausschüsse werden vom Plenum mit Themen betraut, sie können aber in ihrem Fachgebiet auch selbst aktiv werden. Sie nehmen zum Beispiel bei Gesetzesvorhaben öffentliche Anhörungen vor, zu denen Sachverständige und Verbandsvertreter eingeladen werden.

Nach ihrer Beratung sprechen die Ausschüsse Empfehlungen aus, die dann wiederum Grundlage der abschließenden Entscheidung im Plenum sind. Mindestens einmal monatlich treffen sich die Ausschüsse. Und dabei können Bürger den Abgeordneten, wie auch bei den Plenarsitzungen, auf die Finger schauen, denn Ausschusssitzungen sind in der Regel öffentlich. Das gilt allerdings zumeist nicht für den Petitionsausschuss. Dieses Gremium befasst sich mit Beschwerden von Bürgern über Ämter und Verwaltungen, und hier werden oft persönliche Angelegenheiten einzelner Bürger beraten, die dem Datenschutz unterliegen.

## Die Ausschüsse in dieser Wahlperiode

### Innen- und Rechtsausschuss

**Vorsitzende:**

Barbara Ostmeier (CDU)

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

**Weitere Mitglieder:**

Axel Bernstein (CDU)  
Claus Christian Claussen (CDU)  
Petra Nicolaisen (CDU)  
Kai Dolgner (SPD)  
Stefan Weber (SPD)  
Burkhard Peters (Grüne)  
Kay Richert (FDP)  
Claus Schaffer (AfD)  
Lars Harms (SSW)

### Wirtschaftsausschuss

**Vorsitzender:**

Andreas Tietze (Grüne)

**Stellvertretender Vorsitzender**

Christopher Vogt (FDP)

**Weitere Mitglieder:**

Hartmut Hamerich (CDU)  
Andreas Hein (CDU)  
Klaus Jensen (CDU)  
Lukas Kilian (CDU)  
Thomas Hölck (SPD)  
Kerstin Metzner (SPD)  
Kai Vogel (SPD)  
Volker Schnurrbusch (AfD)  
Flemming Meyer (SSW)

### Sozialausschuss

**Vorsitzender:**

Werner Kalinka (CDU)

**Stellvertretende Vorsitzende:**

Wolfgang Baasch (SPD)

**Weitere Mitglieder:**

Hans Hinrich Neve (CDU)  
Petra Nicolaisen (CDU)  
Katja Rathje-Hoffmann (CDU)  
Serpil Midyatli (SPD)  
Birte Pauls (SPD)  
Marret Bohn (Grüne)  
Dennys Bornhöft (FDP)  
Frank Brodehl (AfD)  
Flemming Meyer (SSW)

### Finanzausschuss

**Vorsitzender:**

Thomas Rother (SPD)

**Stellvertretender Vorsitzender:**

Lasse Petersdotter (Grüne)

**Weitere Mitglieder:**

Tim Brockmann (CDU)  
Tobias Koch (CDU)  
Ole-Christopher Plambeck (CDU)  
Volker Nielsen (CDU)  
Birgit Herdejürgen (SPD)  
Beate Raudies (SPD)  
Annabell Krämer (FDP)  
Jörg Nobis (AfD)  
Lars Harms (SSW)

### Umwelt- und Agrarausschuss

**Vorsitzender:**

Oliver Kumbartzky (FDP)

**Stellvertretender Vorsitzender:**

Hauke Göttisch (CDU)

**Weitere Mitglieder:**

Klaus Jensen (CDU)  
Hans Hinrich Neve (CDU)  
Heiner Rickers (CDU)  
Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)  
Kerstin Metzner (SPD)  
Sandra Redmann (SPD)  
Marlies Fritzen (Grüne)  
Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD)  
Flemming Meyer (SSW)

### Europaausschuss

**Vorsitzender:**

Wolfgang Baasch (SPD)

**Stellvertretender Vorsitzender:**

Peter Lehnert (CDU)

**Weitere Mitglieder:**

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)  
Hartmut Hamerich (CDU)  
Tobias Loose (CDU)  
Bernd Heinemann (SPD)  
Regina Poersch (SPD)  
Rasmus Andresen (Grüne)  
Stephan Holowaty (FDP)  
Volker Schnurrbusch (AfD)  
Jette Waldinger-Thiering (SSW)





Geschlossene Sitzordnung: In den Ausschüssen, wie hier im Innen- und Rechtsausschuss, sitzen die Mehrheitsfraktionen CDU, Grüne und FDP nebeneinander (links). Ihnen gegenüber die Opposition aus SPD, SSW und AfD.

### Bildungsausschuss

#### Vorsitzender:

Peer Knöfler (CDU)

#### Stellvertretende Vorsitzende:

Ines Strehlau (Grüne)

#### Weitere Mitglieder:

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### Petitionsausschuss

#### Vorsitzende:

Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD)

#### Stellvertretende Vorsitzende:

Özlem Ünsal (SPD)

#### Weitere Mitglieder:

Hauke Götsch (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Andreas Hein (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Volker Nielsen (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Tobias von Pein (SPD)

Stefan Weber (SPD)

Burkhard Peters (Grüne)

Andreas Tietze (Grüne)

Stephan Holowaty (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

### Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

#### Vorsitzender:

Kai Vogel (SPD)

#### Stellvertretender Vorsitzender:

Jörg Nobis (AfD)

#### Weitere Mitglieder:

Axel Bernstein (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Barbara Ostmeier (CDU)

Tobias von Pein (SPD)

Kathrin Wagner-Bockey (SPD)

Eka von Kalben (Grüne)

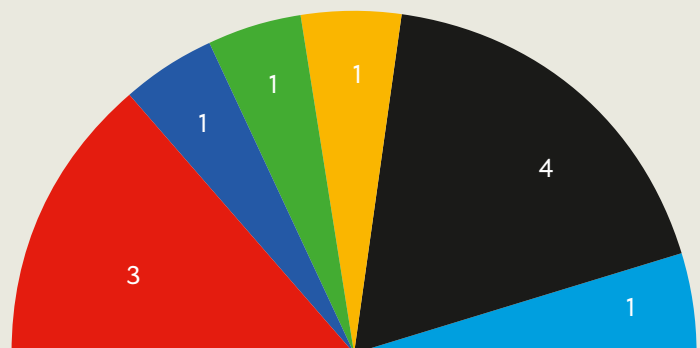
Stephan Holowaty (FDP)

Lars Harms (SSW)

## Jamaika hat auch hier die Mehrheit

Die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Landtages spiegeln sich in den Fachausschüssen wider. Die schwarz-grün-gelbe Koalition hat in den elfköpfigen Gremien eine Mehrheit von sechs zu fünf Stimmen.

(Anmerkung: Der Petitionsausschuss hat 14 Mitglieder: 5 CDU, 4 SPD, 2 Grüne, je 1 FDP, AfD und SSW)



■ SPD: 3 Sitze ■ Grüne: 1 Sitz ■ CDU: 4 Sitze  
■ SSW: 1 Sitz ■ FDP: 1 Sitz ■ AfD: 1 Sitz



# Schwarz-Grün-Gelb: Neuartiges Bündnis mit viel Erfahrung

**Karin Prien (CDU)**  
**Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur** (oben 2. v. li.)  
Die Rechtsanwältin kommt aus Hamburg. Die gebürtige Amsterdamerin war seit 2015 CDU-Fraktionsvize in der Hansestadt.

**Bernd Buchholz (FDP)**  
**Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus** (oben links)  
Der Jurist gehörte von 1992 bis 1996 dem Landtag an. Danach wechselte der gebürtige Berliner zum Verlagshaus Gruner + Jahr, wo er von 2009 bis 2012 Vorstandschef war. Seit 2013 ist er Landesvize der Nord-FDP.

**Heiner Garg (FDP)**  
**Minister für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren, 2. Stellvertretender Ministerpräsident** (unten links)  
Der gebürtige Freiburger führte das Ressort schon von 2009 bis 2012. Der Diplom-Volkswirt ist seit 2000 im Landtag und seit 2011 Landesvorsitzender der FDP.

**Robert Habeck (Grüne)**  
**Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, 1. stellvertretender Ministerpräsident** (oben Mitte)  
Der Schriftsteller und Doktor der Philosophie aus Flensburg war von 2004 bis 2009 Landesvorsitzender der Grünen, danach Fraktionschef, seit 2012 im Kabinet.

**Sabine Sütterlin-Waack (CDU)**  
**Ministerin für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung** (oben, 2. v. re.)  
Die Rechtsanwältin ist ehrenamtliche Bürgermeisterin von Lürschau (Kreis Schleswig-Flensburg). Sie wurde 2013 in den Bundestag gewählt, seit 2016 ist sie stellvertretende CDU-Landesvorsitzende.

**Hans-Joachim Grote (CDU)**  
**Minister für Inneres, ländliche Räume und Integration** (oben rechts)  
Der gebürtige Paderborner lenkte seit 2005 als Oberbürgermeister die Geschicke von Norderstedt. Er ist Vorsitzender des Städteverbandes.

**Daniel Günther (CDU)**  
**Ministerpräsident** (unten Mitte)  
Der Politikwissenschaftler aus Eckernförde war lange CDU-Landesgeschäftsführer. 2009 kam er in den Landtag, 2014 wurde er Fraktionschef.

**Monika Heinold (Grüne)**  
**Finanzministerin** (unten rechts)  
Die gelernte Erzieherin ist seit 2012 Ressortchefin. Vor ihrem Wechsel in die Regierung gehörte die gebürtige Gütersloherin ab 1996 dem Landtag an.

## Drei ehemalige Abgeordnete unter den Staatssekretären

13 Staatssekretäre gehören der neuen Landesregierung an, zwei mehr als bisher. Darunter sind drei Ex-Landtagsabgeordnete. Der einstige Parlamentspräsident **Torsten Geerdts** (CDU) wird Staatssekretär für Integration und Polizei im Innenministerium. Die ehemalige Grünen-Abgeordnete **Anke Erdmann** fungiert als Staatssekretärin im Umweltministerium. Bevollmächtigter des Landes beim Bund ist **Ingbert Liebing**, der sein Mandat in der CDU-Fraktion nach drei

Wochen niedergelegt hat, um den Staatssekretärsposten anzutreten.

Die bisherige Umwelt-Staatssekretärin **Silke Schneider** wechselt ins Finanzministerium. Dort bleibt **Philipp Nimmermann** im Amt, der sich insbesondere um den geplanten Verkauf der HSH Nordbank kümmern soll.

Neu hinzu kommen **Dirk Schrödter** (Chef der Staatskanzlei), **Kristina Herbst** (zuständig für ländliche Räume und Kommunen im

Innenministerium), **Doris Steinke** (Schule), **Oliver Grundei** (Wissenschaft und Kultur), **Wilfried Hoops** (Justiz), **Thilo Rohlfes** (Wirtschaft), **Matthias Badenhop** (Soziales) und **Tobias Goldschmidt** (zuständig für Energiewende und Digitalisierung im Umweltministerium).

Neuer Regierungssprecher ist der langjährige Landeshauskorrespondent des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (sh:z), **Peter Höver**.

# Neuland Jamaika: Wohin die Reise gehen soll

Ein Blick in den schwarz-grün-gelben Koalitionsvertrag



**HAUSHALT:** Überschüsse gehen in den Schuldenabbau, in einen Versorgungsfonds für Beamte und in die Infrastruktur. Mit einem 512-Millionen-Euro-Paket soll die Investitionsquote nach oben getrieben werden.

**SCHULEN:** Kinder müssen künftig nicht mehr grundsätzlich mit sechs Jahren eingeschult werden. Ab Klasse 3 soll es wieder Notenzeugnisse geben. Eine notenfreie Grundschule bleibt aber möglich, wenn die Schulkonferenz das wünscht. Die Schulentempfehlung kommt zurück. Ab 2019/2020 steht die flächendeckende Rückkehr zu G9 am Gymnasium an, beginnend mit den Klassen 5 und 6. Gymnasien können aber bei G8 oder dem Y-Modell bleiben, wenn die Schulkonferenz dies mit Drei-Viertel-Mehrheit beschließt.

**LEHRER:** Jamaika will bis 2022 eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung erreichen. 80 Extra-Stellen gehen an die Grundschulen, 70 zusätzliche Sonderpädagogen kümmern sich um Inklusion.

**HOCHSCHULEN:** Die Grundfinanzierung wird ab 2019 schrittweise um 30 Millionen Euro angehoben. 100 Millionen fließen in die Gebäudesanierung. Zehn Prozent der Medizin-Studienplätze sollen an Bewerber gehen, die sich verpflichten, Landarzt zu werden.

**KITAS:** Dort gibt es aufwachsend bis 2022 und dann jährlich 170 Millionen Euro zusätzlich. Das von der Nord-Ampel beschlossene Krippengeld von 100 Euro im Monat bleibt zunächst.

**LANDWIRTSCHAFT:** Die Partner betonen ihre „unterschiedlichen Auffassungen“ und belassen vieles beim Alten. Das bisherige Naturschutzgesetz bleibt, ebenso die Förderung des Öko-Landbaus und der Knickschutz.

**WINDENERGIE:** Dafür bleiben zwei Prozent der Landesfläche vorgesehen. Die windreichen Küstenstandorte sollen aber stärker als bisher geplant ausgebaut werden, indem alte Anlagen durch leistungsstärkere ersetzt werden. Die Abstände zu Wohnhäusern und Siedlungen sollen erhöht werden, je nach Höhe der Anlagen.

**FLÜCHTLINGE:** Bei Abschiebungen in Krisengebiete soll es eine Einzelfallprüfung geben. Die Abschiebehaft kehrt als „letztes Instrument“ zurück. Geplant sind ein Aufnahmeprogramm für 500 besonders Schutzbedürftige sowie mehr Sprachkurse.

**POLIZEI:** Sie bekommt 500 Stellen bis 2023 zusätzlich. Der Rechtsrahmen wird nicht verschärft. Damit gibt es keine Schleierfahndung, keine verdachtsunabhängigen Kontrollen und keine flächendeckende Videoüberwachung. Die Polizei soll von „vollzugsfremden Aufgaben“ entlastet werden.

**KOMMUNEN:** Sie bekommen die Möglichkeit, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Über den Finanzausgleich sollen die Kommunen mehr Geld für ihre Straßen erhalten. 50 Millionen Euro extra gibt es für den Schulbau. Sport-Steuern (etwa für Reitpferde) soll es nicht länger geben.

**VERKEHR:** Es sollen mehr Planer eingestellt und so mehr Bundesmittel abgeschöpft werden. Das Bündnis unterstützt den Bau der Autobahn 20 und des Fehmarnbelttunnels sowie den Ausbau der Bundesstraße 5 an der Westküste. 120 Millionen Euro mehr soll es für Straßenbau geben, 40 Millionen für den ÖPNV, je zehn Millionen für Radwege und E-Mobilität.

**AUSSERDEM:** Der Landesmindestlohn und das Korruptionsregister werden abgeschafft. Mit 50 Millionen Euro zusätzlich soll das Breitbandnetz aufgerüstet werden. Das Bündnis befürwortet die „Ehe für alle“. Geplant ist ein Modellprojekt zum Verkauf von Cannabis. 50 Millionen extra gehen an die Krankenhäuser. Schleswig-Holstein will aus dem Glücksspielstaatsvertrag aussteigen und eine „europarechtskonforme“ Lösung für Sportwetten und Online-Casinos erreichen. Eine längere Ladenöffnung am Sonntag soll „erörtert“ werden.

## Stichwort

### Koalitionsverträge

Schriftliche Abkommen zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien gewinnen an Bedeutung – und an Umfang. Der aktuelle Vertrag umfasst 115 Seiten. 2012 kamen SPD, Grüne und SSW mit 63 Seiten aus. 57 Seiten reichten dem schwarz-gelben Bündnis im Jahr 2009. In den 80er-Jahren waren solche Verträge noch wenige Seiten stark – oder die Beteiligten kamen ganz ohne sie aus.

Einige Staatsrechtler sehen Koalitionsverträge kritisch. Der Vorwurf: Diese schränken das in der Verfassung festgeschriebene freie Mandat der Abgeordneten und die Richtlinienkompetenz des Regierungschefs ein. Ein einklagbarer Rechtsanspruch entsteht aus einem Koalitionsvertrag nicht. Er ist lediglich eine gemeinsame Absichtserklärung.



# Nach der ersten Regierungserklärung: erster Schlagabtausch

Mehr Investitionen in die Infrastruktur sowie Verbesserungen bei Bildung und Sicherheit, beim Umweltschutz und der Energiewende: Das sind die Kernpunkte der Jamaika-Koalition, die Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) Ende Juni, einen Tag nach seiner Wahl, in einer ersten Regierungserklärung vorgestellt hat. Sein Bündnis sei „eine Koalition der Möglich-Macher, der Brückenbauer.“ Die Oppositionsfaktionen hielten viele der Jamaika-Vorhaben für zu vage. SPD und SSW kündigten aber an, die Regierungsarbeit „konstruktiv und kritisch“ zu begleiten.

## Günther: „Dynamik“



Ministerpräsident Daniel Günther stellte klar, Schleswig-Holstein brauche mehr Dynamik. Gut 500 Millionen Euro mehr wollen CDU, Grüne und FDP in dieser Wahlperiode ausgeben, um die Investitionsquote auf ein höheres Niveau zu heben. Die Koalition wolle ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft verbinden, so Günther. Das Geld soll in Hochschulen, in den Schulbau, in die digitale Infrastruktur und die Krankenhäuser fließen, außerdem in das Straßennetz und den öffentlichen Nahverkehr.

Schleswig-Holstein solle das familienfreundlichste Bundesland sowie „richtig sexy für Unternehmensgründer“ werden. Außerdem wollten CDU, Grüne und FDP „eine nachhaltige, umweltschonende, tiergerechte sowie wirtschaftlich erfolgreiche Landwirtschaft“. Diese verschiedenen Ziele „gehen zusammen“, so Günther. Der Regierungschef kündigte eine Initiative für ein Einwanderungsgesetz an: „Wir werden das in den Bundesrat einbringen.“ Und: Auch seine Koalition stehe für eine humane Flüchtlingspolitik, betonte Günther.

Er hob die Verdienste der Vorgängerregierung aus SPD, Grünen und SSW hervor und bot den jetzigen Oppositionsfaktionen SPD und SSW die Zusammenarbeit an: „Ideen werden nicht dadurch klug, dass sie aus der Regierung oder der Opposition geboren werden.“

## Stegner: „Unverbindlich“

SPD-Fraktionschef und Oppositionsführer Ralf Stegner übte scharfe Kritik: Jamaika sei kein Zukunftsbündnis. Koalitionsvertrag und Günther-Rede ließen keinen Politikwechsel erwarten. Viele Wahlversprechen würden nicht umgesetzt, und im Koalitionsabkommen sei viel Unverbindliches mit über 100 Prüfaufträgen festgehalten: „Dafür brauchen Sie keine Landesregierung, sondern einen Prüfungsausschuss“, argwöhnte Stegner: „Wo sind die großen Zukunftsideen?“



Die neue Koalition übernehme das Ruder zu einem glücklichen Zeitpunkt, merkte Stegner an. Das Land befinde sich in guter Verfassung, weil SPD, Grüne und SSW den Haushalt saniert und damit Handlungsspielräume eröffnet hätten. Wofür Jamaika diese nutzen wolle, bleibe aber unklar: Die neue Koalition setze vieles, was die Nord-Ampel auf den Weg gebracht habe, fort. Ansonsten habe man sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt.

Hart griff Stegner Teile der Grünen an. Sie seien nach der Wahl willig der FDP gefolgt, hätten ein Bündnis mit der SPD ausgeschlossen und so getan, „als sei diese schwarze Ampel die einzige Möglichkeit gewesen“.

## Koch: „Trendsetter“

Der neue CDU-Fraktionsvorsitzende Tobias Koch betonte, Jamaika sei „weit mehr als ein Zweckbündnis“, nämlich „eine echte Herzensangelegenheit“. Die schwarz-grün-gelbe Partnerschaft habe das „Potential für eine längerfristige Zusammenarbeit über fünf Jahre hinaus“ und könne zum „Trendsetter“ für die Bundestagswahl im September werden. „Herzstück von Jamaika“ sei der Kita-Ausbau. Geplant seien Extra-Zuschüsse von 170 Millionen Euro, um bessere Öffnungszeiten, eine Betreuung in den Ferien und mehr Personal zu erreichen und damit die Eltern zu entlasten.



Der Koalitionsvertrag trage die „klare Handschrift der CDU“, merkte Koch an. So seien „alle unsere Wahlforderungen“ im Verkehrsbereich enthalten: 90 Millionen Euro extra zur Beseitigung des Sanierungsstaus im Straßennetz sowie das Ja zur Autobahn 20 und zur Fehmarnbeltquerung. Auch in der Schulpolitik seien die Christdemokraten tonangebend. So sollen die Gymnasien zum G9-Abi zurückkehren. Notenzugnisse an Grundschulen, schriftliche Schulartempfehlungen und Klassenwiederholungen kehrten ebenfalls zurück, so Koch.

## Von Kalben: „Wagnis“

Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben bezeichnete die neue Koalition als „Neuland“ und „Wagnis“. Sie wandte sich gegen eine „Ausschließeritis“ zwischen den Parteien: „Bei wachsendem Populismus und Bauernfängerei müssen alle demokratischen Kräfte in der Verantwortung stehen, die liberale Demokratie zu stützen.“

Jamaika sei keine Blaupause für den Bund, weil es landesspezifisch sei, so von Kalben. Die Annäherung zwischen den Partnern sei überraschend schnell gekommen. „Das gelang nur, weil wir als Menschen agiert haben, nicht als Taktiker.“ Von Kalbens Ziel: „Wir wollen auf unserer Politik in der Küstenkoalition aufbauen und gemeinsam in Jamaika neue Akzente setzen.“



Als grüne Schwerpunkte hob sie die Umwelt-, Flüchtlings- und Frauenpolitik hervor. 15 Prozent der Landesfläche sollen Biotop werden, ein Integrationsgesetz soll erarbeitet und die Rechte der Frauen sollen gestärkt werden: „Diese Regierungskoalition wird den Zusammenhalt im Land weiter fördern und niemanden auf der Strecke lassen.“

## Kubicki: „Experiment“

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki nannte Jamaika ein spannendes Experiment. Er sei aber vom Erfolg überzeugt. Die Vertrauensbasis sei so stabil, dass man gemeinsam Stürme überstehen und dem Land „Zukunftsperspektiven“ eröffnen könne.

Schleswig-Holstein leide darunter, dass das Wirtschaftswachstum im Vergleich zu den anderen westdeutschen Flächenländern seit Jahren unterdurchschnittlich sei. Das habe „fatale Konsequenzen“ für den Arbeitsmarkt und die Zukunftschancen junger Menschen, für die Wertschöpfungsketten im Land „und damit auch für die politischen Möglichkeiten einer Landesregierung“. Die Straßen seien „das größte Anlagevermögen des Landes“ und zugleich „die Lebensader für die Wirtschaft“. Er sei froh, dass sich die Koalition darauf verständigt habe, mehr Geld in deren Erhalt zu stecken.

Als Verantwortliche für die niedrige Investitionsquote von zuletzt unter sieben Prozent machte Kubicki die SPD und deren Chef Ralf Stegner aus. Dieser habe die politischen Mitbewerber, die sich für den Erhalt der Straßeninfrastruktur einsetzten, als „Betonfetischisten“ denunziert.



## Nobis: „Sammelsurium“

Der AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Nobis hob hervor, dass es einige AfD-Themen in den Jamaika-Koalitionsvertrag geschafft hätten – etwa die Forderungen zum Erhalt kleiner Grundschulen, der dualen Ausbildung und des Meisterbriefs. „AfD wirkt“, so Nobis.

Grundsätzlich habe sich das neue Bündnis aber lediglich auf ein „karibisch-buntes Sammelsurium unterschiedlicher Programme und Überzeugungen“ geeinigt. „Parteilpolitische Gräben“ würden „mit viel Geld zugeschüttet“. Nobis protostierte gegen eine „karibische Ausgabenmentalität“, denn die Schuldenquote des Landes liege bereits jetzt über der des Inselstaates Jamaika.

Der CDU warf Nobis vor, sich einige „grüne Überraschungseier“ ins Nest legen zu lassen. Er wandte sich gegen die Pläne, an den Schulen über sexuelle Vielfalt aufzuklären, und lehnte die sogenannte Homo-Ehe ab. Sein Vorwurf an die Christdemokraten: „Sie sind weit nach links gerückt und haben Ihre konservativen Wähler verraten und verkauft.“



## Harms: „Konstruktiv“

Der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms, argwöhnte, das Jamaika-Bündnis arbeite „wie der TÜV“. Es werde wenig Konkretes auf den Weg gebracht, sondern vor allem geprüft. „Und bei allem, wo geprüft wird, ist noch Pfeffer drin. Da freuen wir uns, mitzumischen“, sagte Harms. Zugleich lobte er, dass viele Projekte aus der Zeit der Küstenkoalition fortgeführt würden.

Erfreulich sei etwa, dass Jamaika die bisherige Minderheitenpolitik fortsetzen wolle und sich zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bekenne: „Wir werden uns hier gerne und konstruktiv einbringen.“ Kritik übte der SSW-Mann vor allem an der geplanten getrennten Lehrerausbildung für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. Das gefährde den Hochschulstandort Flensburg und sei „ein teurer Rückschritt“. Zudem bedauerte Harms, die bestehenden Ostsee- und Nordseekooperationen, etwa mit den Niederlanden, würden im Koalitionsvertrag zu wenig berücksichtigt.





# Der Land-Tag in Leichter Sprache

## Zum ersten Mal: Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache

Bei der Wahl im Mai gab es eine  
Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache.  
Das war zum ersten Mal so.  
Der Land-Tag hat das so gewünscht.

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird.  
Hier stehen Texte in Leichter Sprache.  
Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen,  
dem Lesen und dem Verstehen.  
Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch.  
Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln  
für Leichte Sprache zu schreiben.



Uli Hase ist  
Beauftragter für  
Menschen mit  
Behinderung

Einige Menschen haben sich darüber gewundert. Andere  
haben sich geärgert. Der Verein für Deutsche Sprache sagt  
zum Beispiel: Es ist falsch Land-Tag zu schreiben. Denn es  
muss Landtag heißen. Und es ist auch falsch Post-Leit-Zahl zu  
schreiben. Denn es muss Postleitzahl heißen. Der Verein findet:  
Der Text in Leichter Sprache war schlechtes Deutsch.

Uli Hase ist Beauftragter für Menschen mit Behinderung.  
Er sagt: Ich kann verstehen dass Menschen sich wundern über  
die Leichte Sprache. Aber es ist wichtig dass alle Menschen die  
Wahl-Benachrichtigung verstehen. Auch Menschen die nicht so  
gut Deutsch können. Oder Menschen die Schwierigkeiten haben  
mit dem Lesen und dem Verstehen.

Uli Hase sagt auch: Deutschland muss Menschen mit  
Behinderung mehr unterstützen. Das hat Deutschland bei den  
Vereinten Nationen versprochen.

Viele Menschen haben Briefe an den Landes-Wahl-Leiter  
geschrieben wegen der Leichten Sprache in der  
Wahl-Benachrichtigung. Tilo von Riegen ist der  
Landes-Wahl-Leiter. Er sagt: Manche Menschen fanden die  
Leichte Sprache gut. Aber viele fanden sie nicht gut.  
Tilo von Riegen will nun einen Vorschlag machen. Er will die  
Wahl-Benachrichtigung in Leichter Sprache besser machen.

### Erklärung:

Die Vereinten Nationen sind 193 Länder aus der ganzen  
Welt. Sie haben gemeinsam beschlossen: Menschen mit  
Behinderung haben die gleichen Rechte wie Menschen ohne  
Behinderung. Menschen mit Behinderung sollen  
genau so gut am Leben teilnehmen können wie Menschen  
ohne Behinderung.

**Kiel. Sailing.City.** Landeshauptstadt Kiel

Landeshauptstadt Kiel 10.3.21.5 24099 Kiel  
Deutsche Post DIALOGPOST

Herrn K B str. 29  
24116 Kiel

Amt: Bürger- und Ordnungsamt  
Einwohner- und Kfz-  
Zulassungsangelegenheiten,  
Wahlen  
Datum: 29. März 2017  
Unser Zeichen: 10.3.21.5  
Telefon: (0431) 901 - 3091  
Telefax: (0431) 901 - 63091  
E-Mail: briefwahl@kiel.de  
Dienstgebäude: Rathaus, Fleetdamm 9  
Zimmer: Sitzungssäle  
Erreichbar mit Bus: Hauptlinien

**Wahl-Benachrichtigung**  
für die Wahl zum Land-Tag von Schleswig-Holstein

**Die Wahl ist am Sonntag, den 7. Mai 2017, von 8 Uhr bis 18 Uhr.**

Sehr geehrte Bürgerin, sehr geehrter Bürger,  
in Schleswig-Holstein wird der Land-Tag gewählt. Sie sind in das Kieler Wähler-  
Verzeichnis eingetragen. Sie können am Wahl-Tag zur Wahl gehen.

Bringen Sie zur Wahl bitte mit:	Wahl-Kreis-Nummer: 013
✓ diesen Brief	Wahl-Bezirks-Nummer: 075
✓ und Ihren Personal-Ausweis oder Ihren Reise-Pass.	Nummer im Wähler-Verzeichnis: 1
	Wahl-Raum: Friedrich-Junge- Gemeinschaftsschule Langenbeckstr. 65 24116 Kiel
	Barriere-frei: Nein

Hier bekommen Sie Infos wegen der Barriere-Freiheit: 0431 / 901 - 2370 oder 2371

Hier bekommen Sie Infos über Hilfs-Mittel für Blinde und Sehbehinderte:  
Stimmzettelschablonen für Blinde und Sehbehinderte erhältlich beim  
Blinden- und Sehbehindertenverein S.-H. e.V., Tel. 0451 / 4085080, [info@bsvsh.org](mailto:info@bsvsh.org).

Hier bekommen Sie Infos in weiteren Sprachen:  
Buradan farklı dillerde bilgi edinebilirsiniz:  
للحصول على المعلومات بلغات أخرى انقل هنا  
Информация на других языках Вы найдете здесь:  
Tutaj otrzymają Państwo informacje w innych językach:  
[www.wahlen.schleswig-holstein.de](http://www.wahlen.schleswig-holstein.de)

Bitte das Blatt wenden!

Die neue Wahl-Benachrichtigung

# Das Aus für die Piraten: viel „Fleiß“, aber keine Verankerung



September 2012: Die Piraten stellen während der Landtagssitzung demonstrativ ihre Computer auf.

Vor fünf Jahren schafften die Piraten sensationell den Sprung in den Landtag. Heute führen die Wahlforscher sie nur noch unter „Sonstige“. Lediglich 1,2 Prozent der Wähler machten am 7. Mai ihr Kreuz bei den Polit-Freibeutern. Die sechs Abgeordneten mussten das Landeshaus räumen. Aber sie hinterlassen Spuren.

Sie wollten „das Betriebssystem der Politik updaten“ – so plakativ formulierte Fraktionschef Patrick Breyer den Ansatz der Piraten. Den Parlamentarismus in seiner seit Jahrzehnten praktizierten Form empfanden sie als veraltet, verkrustet und intransparent. Und so arbeiteten sich die Piraten an den Regularien des politischen Betriebs ab: an einer Geschäftsordnung, die den Gebrauch von Laptop-Computern im Plenarsaal untersagte. An vertraulichen Absprachen, etwa im Ältestenrat des Parlaments. Oder an den Regeln für Abgeordnete, die neben ihrem Mandat einen Beruf ausüben.

Gelegentlich sprangen andere Fraktionen mit ins Piratenboot. Die Aufklapp-Rechner gehören bei den Landtagssitzungen inzwischen fast selbstverständlich mit dazu.

Ebenso, dass die Sitzungen des Plenums und auch der Ausschüsse im Internet übertragen werden. Und die von den Piraten seit langem geforderte Offenlegungspflicht für Einkünfte aus „Nebentätigkeiten“ ist seit Anfang Juni in Kraft.

Auch außerhalb des Landeshauses haben die Piraten die politische Landschaft verändert. So durften bei der Wahl am 7. Mai erstmals 16- und 17-Jährige wählen – ursprünglich eine Piraten-Forderung. Die Hürden für Volksbegehren wie auch für kommunale Bürgerentscheide sind gesunken. Manager in öffentlichen Unternehmen müssen ihr Gehalt offenlegen, und der Posten des Datenschutzbeauftragten wurde 2015, anders als bislang üblich, öffentlich ausgeschrieben.

## Kritik aus den anderen Fraktionen

Daneben fühlten die Piraten der Landesregierung regelmäßig auf den Zahn. Hunderte von Kleinen und Großen Anfragen förderten etwa die Rassismus-Vorwürfe gegen Auszubildende der Polizeischule Eutin zutage oder das angebliche Mobbing bei der Soko „Rocker“. Überhaupt sahen sich die Piraten als „fleißigste Abgeordnete“ im

Landtag und verwiesen auf über 1.100 Initiativen, die die Fraktion auf den Weg gebracht hat, darunter 46 Gesetzentwürfe. Einige der Vorschläge hatten Bürger per Internetportal „openantrag.de“ an die Fraktion übermittelt.

Die Piraten-Definition von „Fleiß“ und ihr Politik-Ansatz stießen allerdings auf Widerspruch bei den anderen Parteien. Der Arbeitseifer eines Politikers sei schließlich nicht an der Menge Papier abzulesen, die er produziere, hieß es. Sondern auch an den Gesprächen mit Bürgern und an den Vor-Ort-Terminen im Lande. Die Polit-Seeräuber seien „selbstgerecht“ und „überheblich“, rüffelte SPD-Fraktionschef Ralf Stegner. Das manchmal provokante Auftreten der Piraten im Plenarsaal bezeichnete Landtagspräsident Klaus Schlie schon mal als „Affentheater“.

Die Landtagspiraten haben jedenfalls laut für ihre Sache getrommelt. Warum sind sie bei der Wahl dennoch gescheitert? Die Wurzel des Niedergangs lag möglicherweise schon im Erfolg von 2012 begründet. Damals holten sie ihre 8,2 Prozent fast gleichmäßig im ganzen Land. Eine Hochburg, eine feste Verankerung in der Gesellschaft, etwa im studentischen Milieu der Städte, hatten sie nicht. „Ihnen fehlt die soziale Basis und die eigene Wahlklientel“, urteilt der Hamburger Politikwissenschaftler Kai-Uwe Schnapp. Piraten-Themen lassen viele Wähler inzwischen kalt. Und die Protestwähler, denen sie einen Großteil ihrer Stimmen zu verdanken hatten, sind inzwischen offenbar zur nächsten Protestpartei weitergezogen.

## Über 85.000 Gäste

Insgesamt 85.224 Gäste haben in der zurückliegenden Wahlperiode den Landtag besucht. Zwischen 2012 und 2017 zählte der Besucherdienst 59.070 Jugendliche und Erwachsene, die zu einer Plenardebatte, einer Abgeordnetendiskussion oder zum offenen Besucherabend ins Haus an der Förde kamen. Hinzu kommen 11.154 Interessierte an Lesungen und Ausstellungseröffnungen sowie etwa 15.000 Gäste beim Tag der offenen Tür im Juli 2015. Der protokollarische Dienst begleitete rund 60 Besuche von Amts- und Würdenträgern aus 26 Ländern, darunter zahlreiche Botschafter sowie Delegationen aus Japan und Kenia.





## „Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenlos!

Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, dann schicken Sie bitten den Bestellcoupon an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
L 1410  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Oder schicken Sie ein Fax an: 0431 / 988 1541  
Oder senden Sie eine Mail an: [bestellungen@landtag.ltsh.de](mailto:bestellungen@landtag.ltsh.de)



GESTERN UND HEUTE  
70 Jahre Landtag: 1946 - 2016

Gott und die Welt  
Politik & Religion



**Ja,** ich möchte die Landtagszeitschrift kostenlos abonnieren!

Bitte schicken Sie mir \_\_\_\_\_ Exemplar(e).

Name

ggf. Name der Institution

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Ort, Datum

Unterschrift



Veer Mol geev dat in'n Juni de „Emmi för Plattdüütsch in Sleswig-Holsteen“. Uttekent wörrn de Kinnergoorn Sankt Marien-Bugenhagen ut Rendsborg, de Grundschool Treia, veer Filmemokers ut Flensburg un Inga Wormuth, ok ut Flensburg, de ehre Magisterarbeit över Platt an de School schreven hett.



Eine Delegation des Südtiroler Landtags hat Ende Juni Schleswig-Holstein bereist. Neben Besuchen in Unternehmen und Forschungseinrichtungen stand ein Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden im Landeshaus an. Das Gastgeschenk des stellvertretenden Südtiroler Parlamentspräsidenten Thomas Widmann (re.): ein fünfbändiges Werk über die Geschichte der deutschsprachigen Region im Norden Italiens.



Ende April war der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Mitte) in Kiel, um Wahlwerbung für seine Linkspartei zu machen. Im Landeshaus begegnete er zufällig dem ehemaligen schleswig-holsteinischen Regierungschef Peter Harry Carstensen (re.). Der Sozialist und der Christdemokrat verstanden sich auf Anhieb. Links: der damalige Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann.



Mehr als 25.000 Unterschriften hat die Volksinitiative „SH stoppt CETA“ Mitte Mai an die damalige Landtagsvizepräsidentin Marlies Fritzen (re.) übergeben. Die Initiative fordert, dass sich Schleswig-Holstein im Bundesrat gegen das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen einsetzt.



Ende Mai, wenige Tage nach dem Aufstieg in die Zweite Bundesliga waren die Kicker von Holstein Kiel im Landeshaus zu Gast. Landtagspräsident Klaus Schlie hatte die Erfolgsmannschaft eingeladen, denn mit den Farben blau, weiß und rot „ist Holstein ein bisschen unser schleswig-holsteinisches Nationalteam“.





## Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



### Höllenritt Wahlkampf.

Ein Insider-Bericht von Frank Stauss.

Erweiterte Neuausgabe. München: dtv 2017. 246 S.

Seit 25 Jahren führt Frank Stauss Wahlkämpfe im In- und Ausland. Er begann seine Karriere 1992, als Bill Clinton und Al Gore für die US-Demokraten das Weiße Haus eroberten, und betreute seither über 20 Kampagnen – unter anderem für die SPD-Politiker Hannelore Kraft, Gerhard Schröder, Peer Steinbrück, Klaus Wowereit und Malu Dreyer. Stauss nimmt seine Leser mit auf eine spannende Zeitreise. Ergänzt werden seine Schilderungen durch pointierte Analysen über die Mechanismen des Populismus und die Auswirkungen der digitalen Revolution auf unsere Demokratie.



### Politik ohne Grenzen.

Migrationsgeschichten aus dem Deutschen Bundestag.

Hrsg.: Özcan Mutlu. Berlin: Siebenhaar 2016. 223 S.

Niemals zuvor gab es in einem deutschen Parlament so viele Abgeordnete mit Einwanderungshintergrund wie in der aktuellen Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Von 631 Parlamentariern bringen 37 Erfahrungen aus verschiedenen Kulturkreisen mit. Dieses Buch gibt Auskunft über die vielfältigen persönlichen Lebenswege, denn ebenso wenig wie es den typischen Deutschen gibt, gibt es den typischen Migranten. Trotz unterschiedlicher Herkunftsgeschichten eint alle Abgeordneten die Bereitschaft, sich für das Land einzusetzen und Verantwortung für seine Zukunft zu übernehmen.



### Unter 2 Grad? Was der Weltklimavertrag wirklich bringt.

Hrsg.: Jörg Sommer und Michael Müller.

Stuttgart: Hirzel 2016. 320 S.

Im Dezember 2015 einigte sich die Weltklimakonferenz in Paris auf das erste Klimaschutzabkommen, das alle Länder in die Pflicht nimmt. Die Weltgemeinschaft bekannte sich völkerrechtlich verbindlich zu dem Ziel, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Doch was ist dieses Paris-Abkommen wert? Wo sind seine Stärken, welche Risiken birgt es? Experten aus Wissenschaft und Gesellschaft von Mojib Latif bis Franz Alt analysieren Hintergründe, Inhalte und Konsequenzen des Klimavertrages, der nach der Ausstiegsdrohung der USA wieder breit diskutiert wird.

## Landtag erneut ausgezeichnet Arbeitgeber

Der Landtag ist Ende Juni in Berlin erneut für seine familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet worden: mit dem „audit berufundfamilie“. Das Zertifikat wird von der berufundfamilie gGmbH, einer Initiative der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, vergeben. Partner sind das Bundesfamilienministerium und das Bundeswirtschaftsministerium. Der Landtag hatte die Auszeichnung vor drei Jahren zum ersten Mal erhalten. In Schleswig-Holstein wurden in diesem Jahr 16 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen prämiert, bundesweit waren es insgesamt 353. Die Beschäftigten im Landeshaus können zum Beispiel Teilzeitmodelle, flexible Heimarbeitsregelungen, Gesundheitsschutz, Betreuungsangebote bei Notfällen und Spielmöglichkeiten für Kinder in Anspruch nehmen.

## Impressum

### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, [tobias.rischer@landtag.ltsh.de](mailto:tobias.rischer@landtag.ltsh.de)

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, [karsten.blaas@landtag.ltsh.de](mailto:karsten.blaas@landtag.ltsh.de)

Janine Wergin (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, [janine.wergin@landtag.ltsh.de](mailto:janine.wergin@landtag.ltsh.de)

### Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Hamid Saeidi, Frank Peter, Archiv des Landtages, Landesarchiv, Landeswahlleiter, Claudia Kunkel, CDU-Landesverband, SPD-Landesverband, Landesverband Bündnis90/Die Grünen, FDP-Landesverband, AfD-Landesverband, SSW-Landesverband, Thorben Wengert ([pixelio.de](http://pixelio.de)), Joakim S. Enger, VLK/Vorarlberger Landtag/Maurice Shourat, Hirzel-Verlag, Siebenhaar-Verlag, dtv-Verlag, firmg(Fotolia), LeitnerR (Fotolia)

### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, [www.medienhaus-kiel.de](http://www.medienhaus-kiel.de);

Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

### Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, [www.loadsmann.de](http://www.loadsmann.de)

### Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239, 24119 Kronshagen, [www.druckgesellschaftmbh.de](http://www.druckgesellschaftmbh.de)

### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, [bestellung@landtag.ltsh.de](mailto:bestellung@landtag.ltsh.de)

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

30. Juni 2017

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

# Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2018

Januar			Februar			März			April			Mai			Juni		
01 Mo	Neujahr		01 Do			01 Do			01 So	Ostern		01 Di	Maifeiertag		01 Fr		
02 Di			02 Fr			02 Fr			02 Mo	Ostern		02 Mi			02 Sa		
03 Mi			03 Sa			03 Sa			03 Di			03 Do			03 So		
04 Do			04 So			04 So			04 Mi			04 Fr			04 Mo		
05 Fr			05 Mo			05 Mo			05 Do			05 Sa			05 Di		
06 Sa	Hl. Drei Könige		06 Di			06 Di			06 Fr			06 So	Kommunalwahl		06 Mi		
07 So			07 Mi			07 Mi			07 Sa			07 Mo			07 Do		
08 Mo			08 Do			08 Do	Intern. Frauentag		08 So			08 Di			08 Fr		
09 Di			09 Fr			09 Fr			09 Mo			09 Mi	Europatag		09 Sa		
10 Mi			10 Sa			10 Sa			10 Di			10 Do	Himmelfahrt		10 So		
11 Do			11 So			11 So			11 Mi			11 Fr			11 Mo		
12 Fr			12 Mo			12 Mo			12 Do			12 Sa			12 Di		
13 Sa			13 Di			13 Di			13 Fr			13 So			13 Mi		
14 So			14 Mi			14 Mi			14 Sa			14 Mo			14 Do		
15 Mo			15 Do			15 Do			15 So			15 Di			15 Fr		
16 Di			16 Fr			16 Fr			16 Mo			16 Mi			16 Sa		
17 Mi			17 Sa			17 Sa			17 Di			17 Do			17 So		
18 Do			18 So			18 So			18 Mi			18 Fr			18 Mo		
19 Fr			19 Mo			19 Mo			19 Do			19 Sa			19 Di		
20 Sa			20 Di			20 Di			20 Fr			20 So	Pfingsten		20 Mi		
21 So			21 Mi			21 Mi			21 Sa			21 Mo	Pfingsten		21 Do		
22 Mo			22 Do			22 Do			22 So			22 Di			22 Fr		
23 Di			23 Fr			23 Fr			23 Mo			23 Mi	Tag d. Grundgesetzes		23 Sa		
24 Mi			24 Sa			24 Sa			24 Di			24 Do			24 So		
25 Do			25 So			25 So			25 Mi			25 Fr			25 Mo		
26 Fr			26 Mo			26 Mo			26 Do			26 Sa			26 Di		
27 Sa	Holocaust-Gedenktag		27 Di			27 Di			27 Fr			27 So			27 Mi		
28 So			28 Mi			28 Mi			28 Sa			28 Mo			28 Do		
29 Mo						29 Do			29 So			29 Di			29 Fr		
30 Di						30 Fr	Karfreitag		30 Mo			30 Mi			30 Sa		
31 Mi						31 Sa						31 Do					

Juli			August			September			Oktober			November			Dezember		
01 So			01 Mi			01 Sa			01 Mo			01 Do			01 Sa		
02 Mo			02 Do			02 So			02 Di			02 Fr			02 So	1. Advent	
03 Di			03 Fr			03 Mo			03 Mi	Tag der Dt. Einheit		03 Sa			03 Mo		
04 Mi			04 Sa			04 Di			04 Do			04 So			04 Di		
05 Do			05 So			05 Mi			05 Fr			05 Mo			05 Mi		
06 Fr			06 Mo			06 Do			06 Sa			06 Di			06 Do		
07 Sa			07 Di			07 Fr			07 So			07 Mi			07 Fr		
08 So			08 Mi			08 Sa			08 Mo			08 Do			08 Sa		
09 Mo			09 Do			09 So			09 Di			09 Fr			09 So	2. Advent	
10 Di			10 Fr			10 Mo			10 Mi			10 Sa			10 Mo		
11 Mi			11 Sa			11 Di			11 Do			11 So			11 Di		
12 Do			12 So			12 Mi			12 Fr			12 Mo			12 Mi		
13 Fr			13 Mo			13 Do			13 Sa			13 Di			13 Do		
14 Sa			14 Di			14 Fr			14 So			14 Mi			14 Fr		
15 So			15 Mi			15 Sa			15 Mo			15 Do			15 Sa		
16 Mo			16 Do			16 So			16 Di			16 Fr			16 So	3. Advent	
17 Di			17 Fr			17 Mo			17 Mi			17 Sa			17 Mo		
18 Mi			18 Sa			18 Di			18 Do			18 So	Volkstrauertag		18 Di		
19 Do			19 So			19 Mi			19 Fr			19 Mo			19 Mi		
20 Fr			20 Mo			20 Do			20 Sa			20 Di			20 Do		
21 Sa			21 Di			21 Fr			21 So			21 Mi	Buß- und Bettag		21 Fr		
22 So			22 Mi			22 Sa			22 Mo			22 Do			22 Sa		
23 Mo			23 Do			23 So			23 Di			23 Fr			23 So	4. Advent	
24 Di			24 Fr			24 Mo			24 Mi			24 Sa			24 Mo	Hl. Abend	
25 Mi			25 Sa			25 Di			25 Do			25 So	Totensonntag		25 Di	Weihnachten	
26 Do			26 So			26 Mi			26 Fr			26 Mo			26 Mi	Weihnachten	
27 Fr			27 Mo			27 Do			27 Sa			27 Di			27 Do		
28 Sa			28 Di			28 Fr			28 So			28 Mi			28 Fr		
29 So			29 Mi			29 Sa			29 Mo			29 Do			29 Sa		
30 Mo			30 Do			30 So			30 Di			30 Fr			30 So		
31 Di			31 Fr						31 Mi						31 Mo	Silvester	

Plenartagung

Schulferien/sitzungsfreie Zeit



Nr. 2/2017 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-  
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen  
und korrigiert **zurücksenden an:**  
**Schleswig-Holsteinischer Landtag,**  
**Referat für Öffentlichkeitsarbeit und**  
**Veranstaltungsmanagement, L1410,**  
**Postfach 7121, 24171 Kiel**

# Termine, Termine, Termine ...



Eine Lithographie aus dem Jahr 1834 zeigt den Anfangspunkt der Chaussee im Süden von Kiel. Der Obelisk steht noch am selben Ort – jetzt allerdings mitten im Stadtgebiet, am Rondeel. Die Straße rechts heißt heute noch Hamburger Chaussee.

## Ausstellung zur Chaussee Kiel-Altona

Sie war eine Lebensader im damals dänisch regierten Holstein und ist heute immer noch sichtbar: die Chaussee von Kiel nach Altona. 1833 begann unter König Friedrich VI. der Bau der Straße aus Kopfsteinpflaster mit ihren Allee-bäumen, Meilensteinen, Granitbogenbrücken und Mauthäusern. Die Verkehrsachse ebnete den Weg für die Industrialisierung der Region. Die heutige Bundesstraße 4 folgt vielerorts der Streckenführung aus dem 19. Jahrhundert. Eine Ausstellung des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes erinnert an den Bau, die Entwicklung und die heute noch sichtbaren Spuren der Chaussee. Eine Serie von Bildplakaten zeigt historische Zeichnungen, Drucke und Fotos wie auch aktuelle Ansichten.

Die Ausstellung ist vom 6. Juli bis zum 31. August täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr im Landeshaus zu sehen. Der Eintritt ist kostenlos, Gäste sollten ihren Personalausweis dabei haben.

## 500 Jahre Reformation: Heinz Schilling über das Jahr 1517

„1517 – Weltgeschichte eines Jahres“ heißt das aktuelle Werk des Historikers Heinz Schilling, das er am Sonntag, den 16. Juli, im Landeshaus vorstellt. Die Lesung beginnt um 17:00 Uhr im Plenarsaal. Anlass ist das dies-jährige 500. Jubiläum der Kirchenreformation durch Martin Luther.



Prof. Schilling hat zur Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit in Bielefeld, Gießen, Osnabrück und bis zu seiner Emeritierung 2010 an der Berliner Humboldt-Universität geforscht und gelehrt. In seinem Buch beschreibt er, wie die Welt vor 500 Jahren aussah – nicht nur in Wittenberg, wo Luther seine 95 Thesen gegen den Ablasshandel an die Schlosskirche

geschlagen haben soll, sondern etwa auch in Spanien und Italien, bei den Osmanen, Azteken und Chinesen.

Der Landtag veranstaltet die Lesung gemeinsam mit verschiedenen Einrichtungen der Nordkirche. Nach einer anschließenden Diskussion mit den Gästen lädt die Nordkirche zu einem öffentlichen Picknick auf dem Rasen vor dem Landeshaus. Gegen 18:30 Uhr läuft dann das Nordkirchenschiff in der Kieler Förde vor dem Landeshaus ein. Die Dreimastbark „Artemis“ steuert im Auftrag der Nordkirche im Juni und Juli insgesamt 14 Häfen entlang der Ost- und Nordseeküste sowie der Elbe an. Der Törn geht von Stralsund nach Hamburg.

Interessierte werden gebeten, sich unter [anmeldung@landtag.ltsh.de](mailto:anmeldung@landtag.ltsh.de) zu der Veranstaltung anzumelden.

## „Jugend im Landtag“ trifft sich Ende November

Am Wochenende vom 24. bis zum 26. November lädt der Landtag wieder Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein ins Landeshaus ein. Die „Jugend im Landtag“ trifft sich bereits zum 31. Mal. Junge Leute zwischen 15 und Anfang 20 diskutieren miteinander, erarbeiten Anträge und fassen Beschlüsse. Der Forderungskatalog der Jugendlichen wird dann der „großen“ Politik zur Stellungnahme vorgelegt. „Echte“ Politiker fungieren als Berater. Wer die Debatten journalistisch begleiten möchte, kann im Pressteam mitarbeiten.

Interessierte können sich bei Susanne Keller vom Besucherdienst bewerben. Tel.: 0431/988-1118 oder [susanne.keller@landtag.ltsh.de](mailto:susanne.keller@landtag.ltsh.de)

## Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Sommer wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

**Donnerstag, 6. Juli: Lübeck**

**Dienstag, 18. Juli: Heide**

**Donnerstag, 3. August: Lübeck**

**Dienstag, 15. August: Heide**

**Donnerstag, 7. September: Lübeck**

**Dienstag, 19. September: Heide**

**Dienstag, 26. September:**

**Schwarzenbek**

**Donnerstag, 5. Oktober: Lübeck**

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Termin in **Schwarzenbek** im Rathaus, Ritter-Wulf-Platz 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.